

Sitzung vom Donnerstag, 8. September 2022, 19.00 Uhr, Rathaussaal

Traktanden:

1. Einwohnerrat; Protokolle 2022; Protokoll vom 30. Juni 2022 (2021-0288)
2. Inpflichtnahme von Martin Bürlimann, SVP (anstelle des zurückgetretenen Martin Gilgen, SVP) und Antonia Zumstein (anstelle der zurückgetretenen Ruth Jo. Scheier, GLP) (2022-0842)
3. Dringliches Postulat der Fraktion GLP vom 30. August 2022 betreffend drohende Strommangellage im Winter 2022/2023: Was macht die Verwaltung der Gemeinde Wettingen?
4. Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2022/2025; Wahl von Sarah Steinmann, GLP (2022-1194)
5. Bau und Planung; Strategie Personal (2021-0880)
6. Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Finanzvermögens (2022-1088)
7. Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Verwaltungsvermögen (2022-1087)
8. Postulat der Fraktion FDP vom 30. Juni 2022 betreffend Aktivierung von Ertragspotenzialen; Entgegennahme (2022-0922)
9. Postulat Burger Alain, SP, und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2022 betreffend nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften; Entgegennahme (2022-0756)
10. Kreditbegehren von Fr. 930'000.00 (inkl. MwSt.) zur Erneuerung der Gebäudehülle und den Umbau des Erdgeschosses an der Rigistrasse 10; Genehmigung (2022-0498)
11. Motion Notter Daniel, Huser Michaela, Fricker Martin und Baumann Jürg,

alle SVP, vom 12. November 2020 betreffend Anhörung und Mitwirkung Limmattalbahn; Ablehnung (2020-2368)

12. Postulat Gähler Judith, FDP, vom 10. März 2022 betreffend generationenübergreifende Spielplätze in Wettingen; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2022-0393)
13. Postulat Fraktion Die Mitte CVP vom 21. Oktober 2021 betreffend Sensibilisierung für das einheimische Gewerbe; Entgegennahme (2021-1241)
14. Postulat der Mitte-Fraktion vom 19. Mai 2022 betreffend Ausbildungsplatz bei der Gemeinde als Mediamatiker/in und Informatiker/in; Entgegennahme (2022-0715)
15. Postulat der Mitte-Fraktion vom 30. Juni 2022 betreffend Kommunale Energieplanung; Entgegennahme (2022-0920)
16. Interpellation Fraktion FDP vom 10. März 2022 betreffend der Leistungsvereinbarung mit der Landis AG; Beantwortung (2022-0392)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Geschätzte Damen und Herren, ganz herzlich begrüsse ich Sie hier im Rathaussaal zur 5. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr und der laufenden Legislatur. Für unsere Sicherheit ist heute Wachmeister Ueli Büchi zuständig. Herzlichen Dank. Fürs Protokoll sind Selma Stoll und Julie Böckli anwesend.

Für Gabriela Keller springt heute Sheena Heinz als Stimmenzählerin ein.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) **Motion Notter Daniel, SVP, vom 8. September 2022 betreffend Steigende Energiepreise, Entlastung durch die Energie Wettingen AG**

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, als Vertreter bzw. Eigner der Energie Wettingen AG, Rahmenbedingungen zu schaffen, um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken.

Begründung

Die allgemeine Teuerung wird für die Bevölkerung und das Gewerbe im Jahr 2023 eine Herausforderung. Die Kundinnen und Kunden der Energie Wettingen AG bekommen die Strompreiserhöhung zu spüren: Ab 1. Januar 2023 wird es durchschnittlich 61.1 % teurer.

Die Energie Wettingen AG verfügt gemäss Geschäftsbericht 2021¹, per 31. Dezember 2022 über Flüssige Mittel von Fr. 5'316'828, Reserven von Fr. 68'474'189 und ein Gewinnvortrag über Fr. 743'379.

Die Energie Wettingen AG steht finanziell sehr gut da und kann es sich erlauben, Geschäftsjahre mit einem negativen Ergebnis zu präsentieren. Die in guten Zeiten gebildeten Reserven, sollen für die Energie Wettingen AG im tragbaren Rahmen durch Tarifiereduktionen an die Kunden und Kundinnen zurückgegeben werden.

¹ www.energiewettingen.ch

b) Postulat Müller Heinrich, SP, und Mitunterzeichnende vom 8. September 2022 betreffend "Der rote Faden darf an der Kreuzung nicht abreißen! - Sicheres Velofahren auch an Strassenkreuzungen, Kreiseln und Strassenquerungen"

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, bei Strassensanierungen und an besonders gefährlichen Stellen möglichst bald die Verkehrsfläche, die für das Velo vorgesehen ist, besser zu kennzeichnen (z. B. eine Hervorhebung durch gelbe Abtrennungsstriche oder reflektierende überfahrbare Spurgrenzenmarkierungen, bauliche Massnahmen oder Kennzeichnung der Veloverkehrsfläche durch Einschlammung mit roter Farbe oder anderen, geeigneten optischen Massnahmen). Zudem sollte neben Fussgängerstreifen, wie etwa bei der Kreuzung Altenburgstrasse/Zentralstrasse eine rote Veloquerung signalisieren, dass hier auch viele Fahrradfahrende die Strasse queren. Grosszügig dimensionierte und gegen überholende Fahrzeuge baulich gesicherte Mittelinselnbereiche sollen ein sicheres Queren von Hauptstrassen in Etappen ermöglichen (Migros) oder ein Linksabbiegen ab den Hauptstrassen unterstützen. Bei Kreiselzufahrten sollte durch Aufweitung der zuführenden Radstreifen dem Vierradverkehr dauerhaft in Erinnerung gerufen werden, dass Velos vor der Kreiseleinfahrt in die Mitte der Fahrspur einspuren. Weiter wird der Gemeinderat eingeladen, den KGV-Massnahmenbereich F Veloverkehr, dessen Umsetzung ab 2017 (Planung) bzw. 2019 (Realisierung) geplant war, zu forcieren und noch in dieser Legislatur mit der Planung und Umsetzung zu beginnen.

Begründung

Gemäss dem Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) sollte die Gemeinde seit 2017 daran sein ihre Veloverbindungen sicherer zu machen. Wir bemängeln, dass die Entwicklung zu langsam stattfindet und möchten deshalb eine Beschleunigung bewirken.

Eine klare Kennzeichnung der Verkehrsfläche für Velos kann eine kanalisierende Wirkung auf den Zweiradverkehr haben und kann somit die Verkehrsflächen entflechten. Für die motorisierten Verkehrsteilnehmenden hat dies eine wichtige Signalwirkung. Die Bereitschaft entsteht das Tempo anzupassen und die Aufmerksamkeit wird auf allfällige Gefahrensituationen gelenkt. Attraktive, schnelle und sichere Veloverbindungen entlasten die Strassen zu Gunsten von jenen, die am meisten auf das Auto angewiesen sind.

In Wettingen gehen 2'500 Kinder und Jugendliche zur Schule. Über 14'000 Autos frequentieren täglich allein die Landstrasse. Die Begegnungsorte von Langsamverkehr und motorisiertem Verkehr müssen vermehrt Aufmerksamkeit erhalten.

Wir sehen auch gute Ansätze in Wettingen. Stellvertretend sei die Kreuzung Gottesgraben mit der Staffelstrasse für Velo und Fussgänger erwähnt. Wir halten dies für eine gute bauliche und optische Lösung, die für alle Verkehrsteilnehmer Sicherheit und Klarheit bringt. Auch die weiss markierten Radstreifenersatzteppiche auf der Schartenstrasse sind ein guter Ansatz, sollten aber noch etwas breiter ausgestaltet sein, um die subjektive Sicherheit der Velofahrenden zu verbessern.

c) Postulat Camponovo Christa, SP, und Mitunterzeichnende vom 8. September 2022 betreffend "Zwischennutzung"

Antrag

Der Gemeinderat wird aufgefordert, zu prüfen, wie in der Gemeinde Wettingen Zwischennutzungen (Umnutzen, Nachnutzungen) gefördert und umgesetzt werden können.

Objekte:

- Vorübergehend leerstehende Räume aller Art
- Gebäude, welche vor einer Gesamtanierung oder einem Rückbau stehen
- Baulücken
- Industriebrachen
- Gärten und Grünflächen vor einer Umnutzung

Typische Nutzerinnen- und Nutzergruppen sind:

- Veranstalterinnen und Veranstalter
- Kulturschaffende
- Gastronominnen und Gastronomen
- Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer/Start-Ups
- Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers/Quartierorganisationen
- Anbieterinnen und Anbieter von Angeboten für Kinder
- Anbieterinnen und Anbieter von Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene
- Soziale Dienste
- Wildpflanzen und Getier (Biodiversität)

Die wichtigsten Dienstleistungen wären:

- Raumbörse (digital): Anbieterinnen und Anbieter - Nutzerinnen und Nutzer
- Bereitstellung von Informationen zur Zwischennutzung: Grundlagen, Bewilligungen, Ökologie etc. (digital)
- Beratung für Einzelfälle

Begründung

In Wettingen besteht eine rege Planungs- und Bautätigkeit; diese wird für längere Zeit anhalten. Bauvorhaben können oft nicht zeitnah umgesetzt werden, was bedeutet, dass in der Zwischenzeit Gebäude und Flächen ungenutzt bleiben. Da keine zentrale Anlaufstelle besteht, finden Anbietende und potenzielle Nutzende nicht zueinander.

Neben Gründen der Nachhaltigkeit (Wirtschaft/Gesellschaft/Umwelt) ergeben sich mit der Nutzung zahlreiche Vorteile für einerseits die Eigentümerinnen und Eigentümer von Liegenschaften und Flächen sowie andererseits für die Bevölkerung.

Beispiele:

- Raumbeschaffung für Notlagen, insbesondere Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete und von Wohnungsverlust Betroffene
- Ertragsverbesserung gegenüber Leerstand
- Vorbeugen gegen Vandalismus, Besetzung und Littering
- Überbrückung von Entwicklungsphasen
- Standortaufwertung eines Areals
- Inspiration und Experimentierfeld für zukünftige Nutzungen
- Wegbereitung für dauerhafte Umnutzungen
- Nachhaltige Alternative zum Bauen auf der grünen Wiese
- Temporäre Befriedigung lokaler Bedürfnisse und Defizite (in Kultur, Bildung, Versorgung, Soziokultur, Jugend, Alter, Biodiversität)
- Nährboden für betriebliche Neugründungen (Start-Up-Funktion)
- Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Nischen für kulturelle und kreativwirtschaftliche Entfaltung und Produktion
- Räume und Flächen für Experimente und Innovation
- Förderung neuer Tätigkeitsformen und der Selbstorganisation
- Beleben des Quartiers, Förderung von Begegnung und lebendigen Nachbarschaften

<http://www.zwischennutzung.ch/zwischennutzung/de/leitfaden-10400.html>

<http://www.zwischennutzungenbasel.ch/>

d) Postulat Notter Daniel, SVP, vom 8. September 2022 betreffend Kleinsportanlagen für Jung und Alt in der Garten- und Sportstadt Wettingen

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, Kleinsportanlagen "quartiernah und öffentlich" zu realisieren, also auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen.

Begründung

Alle Menschen, ob jung oder alt, haben einen Bewegungsdrang und sollten bestenfalls die entsprechende Infrastruktur für die körperliche Betätigung vorfinden. Im öffentlichen Raum bieten Spielplätze gute Bedingungen, um Kinder an das Thema Bewegung und Sport heranzuführen. Outdoor-Fitnessgeräte in einem Bewegungsparcours können Erwachsene an sportliche Aktivitäten heranzuführen und bieten den Bewohnern der Stadt die Möglichkeit, ihren Sport auch im urbanen Raum auszuüben.

Kleinsportanlagen/Street Workout-Anlagen sind frei zugängliche Outdoor-Trainingsanlagen für Jung und Alt und werden in der Schweiz immer beliebter.

Wettingen bezeichnet sich als Sportstadt. Aus diesem Grund gehören Kleinsportanlagen in das Dorfbild von Wettingen.

Beispiele:

- Kleinsportanlagen im Unterlöchli und auf der Lidowiese in Luzern
- Parco Giochi Ciani, Lugano (Generationsspielplatz mit Sportgeräten)

- e) **Postulat Hiller Yvonne, glp, Burger Alain, SP, Streif Hannes, glp, Kleger Andrea, glp, Bonadei Marco, SP, Müller Heinrich, SP, Andres Schürch Marie-Christine, Die Mitte CVP, Huser Michaela, SVP, Urfer Katharina, SP, Palit Orun, glp, Savic Ema, WettiGrünen, Keller Marco, glp, vom 8. September 2022 betreffend Wegbegleitung Mittagstisch im Zyklus 1.**

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, die Betreuungslücke zwischen Kindergarten/Primarschule und Tagesstrukturen zu schliessen. Kinder im Zyklus 1 (Kindergarten bis Ende 2. Klasse) sollen auf dem Weg vom Kindergarten-/Schulgelände zum Mittagstisch/Betreuungsort und zurück durch die Gemeinde, Schule oder Betreuungseinrichtung organisiert begleitet werden.

Begründung

Für die Kinder hat die selbständige Bewältigung des Schulweges einen Lerneffekt. Damit Kindern dieser Schritt in die Selbstständigkeit gelingt, müssen Eltern, schulergänzende Tagesstrukturen und Schule zusammenarbeiten. Die Verantwortung für den Schulweg und den Weg zwischen Unterricht und schulergänzender Tagesstruktur liegt gemäss Bundesrecht und Bundesrechtsprechung insofern bei den Gemeinden und Schulen, dass diese die individuelle Zumutbarkeit gewährleisten müssen.¹

Gerade jüngere Kinder (im Kindergarten und in der 1.-2. Primarschule) haben die Fähigkeiten noch nicht vollständig entwickelt, sich sicher im Strassenverkehr zu bewegen. Deshalb ist es wichtig, alle Schulwege für alle Altersstufen in Wettingen zumutbar zu gestalten. Gilt der Schulweg als zumutbar, liegt die Verantwortung bei den Eltern.

Beim Schulweg zwischen Kindergarten bzw. Primarschule und Tagesstrukturen ausserhalb der Schulanlagen besteht nach Ansicht der Postulantinnen und Postulanten Handlungsbedarf. Die Verantwortung auch hier einfach den Eltern zu delegieren, macht wenig Sinn. Wer Kinder für den Mittagstisch in die Betreuung gibt, tut das in der Regel, weil eine Präsenz zu dieser Zeit nicht möglich ist, entsprechend können die Kinder auch nicht von den Eltern in die Tagesstrukturen begleitet werden. Daher soll diese Betreuungslücke geschlossen und die Kinder im Zyklus 1 (Kindergarten bis Ende 2. Klasse) auf dem Weg vom Kindergarten-/Schulgelände zu den Tagesstrukturen und zurück durch die Gemeinde, Schule oder Betreuungseinrichtung organisiert begleitet werden.

In Wettingen sind die über 20 Kindergärten dezentral auf die Quartiere verteilt. Das hat den Vorteil, dass die Kinder den Weg von/nach Hause bald allein bewältigen können. Die Tagesstrukturen hingegen sind zentral angeordnet, was den Nachteil mit sich bringt, für jüngere Kinder schwierig im Alleingang erreichbar zu sein. Andere familienfreundliche Gemeinden haben aus diesen Gründen die Betreuung im Kindergarten-/Schulort integriert.

Attraktive und sichere Kindergarten- und Schulwege sowie gut ausgebaute familienergänzende Betreuungsstrukturen sind im Wettbewerb der Gemeinden ein wichtiger Standortfaktor.

¹ siehe Kibesuisse-Richtlinien für schulergänzende Tagesstrukturen, S. 12

https://www.kibesuisse.ch/fileadmin/Dateiablage/kibesuisse_Publikationen_Deutsch/2021_kibesuisse_Richtlinien_SEB_DE.pdf

f) Postulat Müller Heinrich, SP, und Mitunterzeichnende vom 8. September 2022 betreffend "Hitzeminderung"
Antrag

1. Der Gemeinderat wird aufgefordert, künftige Bau- und Sanierungsprojekte im Bereich Tiefbau und Hochbau in Bezug auf Hitzeminderung zu optimieren. In den Kreditanträgen soll dieser Aspekt angemessen erläutert werden, so dass er für den Einwohnerrat und die Stimmberechtigten beurteilbar wird.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt zu überprüfen, welche Plätze und Strassenabschnitte mit möglichst effizienten sowie einfachen, angemessenen und preiswerten Massnahmen so modifiziert werden können, dass eine (lokale) Hitzeminderung erreicht wird.

Begründung

Der erste Punkt zielt darauf ab, bei zukünftigen Vorhaben den Aspekt der Hitzeminderung standardisiert zu berücksichtigen und die einschlägigen Überlegungen nachvollziehbar zu machen. Bei neuen Belageinbauten nach einer Strassensanierung wird auch Rechenschaft über die Hitzeentwicklung abgelegt und allfällige Varianten werden, soweit sinnvoll und angemessen, überprüft. Beim zweiten Punkt geht es darum, dem Aspekt der Hitzeminderung bei bestehender Infrastruktur, die nicht in naher Zukunft saniert wird, durch geeignete Massnahmen Rechnung zu tragen.

Hier einige unverbindliche Anregungen:

- Überprüfung der Überdachung von Parkplätzen und anderen Arealen der Gemeinde mit einer Photovoltaikanlage.
- Pflanzung von Bäumen auf dem Rathausplatz und anderen Arealen der Gemeinde, allenfalls in Verbindung mit einem Sonnendach.
- Ein anderer Ort kann vielleicht mit einem Sprühnebel hitzemindernd aufgewertet werden.

g) Interpellation Fraktion GLP vom 8. September 2022 betreffend Strompreise 2023 in Wettingen

Die Strompreise 2023 für Wettingen haben seit der Veröffentlichung viel zu reden gegeben. Um Klarheit für die Bevölkerung und das Parlament zu schaffen, wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Was sind die Gründe, weshalb in Wettingen die Stromkosten durchschnittlich 63 % steigen, während umliegende Gemeinden rund die Hälfte oder weniger an Erhöhung zu verbuchen haben?
- Wie viele Prozent davon entfallen auf das vom Einwohnerrat im Juni 2022 genehmigte, kommunale Förderprogramm?
- Wieso fallen die Erhöhungen in den umliegenden Gemeinden viel geringer aus?

In der Limmatwelle vom 18. August 2022 prognostizierte der CEO des EWW ein Anstieg von mindestens 55 %. Kaum zwei Wochen werden 63 % Preiserhöhung veröffentlicht.

- Wie kommt es, dass innert zwei Wochen nochmals eine Differenz von fast 10 % zustande gekommen ist?
- Welche Strategie zum Stromeinkauf ist für das Jahr 2024 angedacht?

Rund 10 % - 20 % des Stroms lassen sich im Haushalt sparen, etwa mit reduziertem heizen, kurzem Duschen, LED-Leuchtmitteln, Buch lesen statt Fernsehen, Geräte ausschalten statt Standby usw. Nichtsdestotrotz ist die Möglichkeit Strom zu sparen auch begrenzt, bzw. vom (Miet-)Objekt abhängig. Viele (Miet-)Häuser haben noch schlechte Fenster, sind ungedämmt, haben ineffiziente Geräte.

- Wie gedenkt der Gemeinderat vorzugehen, damit die Leute nicht in die Strom-Schuldenfalle tappen?
- Welche aktuellen Anreize gibt es für Eigentümer/Vermieter energieeffiziente Massnahmen umzusetzen, die dann wiederum dem Endverbraucher direkt nutzen?

0.2 Rechtskraft

Nach Ablauf der Referendumsfrist sind die Beschlüsse des Einwohnerrats vom 30. Juni 2022 in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Rücktritte

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Ich habe einen Brief erhalten, den ich euch gerne vorlesen möchte:

Geschätzter Einwohnerratspräsident, lieber Lutz

„Time to say Goodbye“ – Es ist Zeit Adieu zu sagen.

Nachdem ich nun seit 2007, als der allzu früh verstorbene Werner Wunderlin den Einwohnerrat präsidierte, für die Rundschau Süd über die vielfältigen Geschäfte des Wettinger Einwohnerrates berichtete, möchte ich nun künftig etwas kürzertreten. So werde ich an der Sitzung des Einwohnerrates vom 8. September ein letztes Mal dabei sein.

Es war mir stets ein Anliegen, objektiv und emotionslos über die vielfältigen Geschäfte zu berichten. In einer Zeit wo wenige hundert Kilometer entfernt Krieg herrscht, die Pandemie uns eine ungewisse Zukunft beschert und uns die Herausforderungen rund um den Klimawandel sowie steigende Energiepreise beschäftigen, würde ich mir wünschen, dass Postulate, Motionen und Interpellationen auf ein Minimum beschränkt würden, zumal Wettingen trotz knappen Finanzen vor grossen Herausforderungen steht. Denn gerade diese, oft auch persönlich geprägten Vorstösse sind es, welche die erwiesenermassen schmale Verwaltung zusätzlich belasten.

Mit Beat Kirchhofer konnte die Redaktion einen versierten Nachfolger gewinnen. Ich freue mich, in der Rundschau auch künftig über die vielfältigen und interessanten Aktivitäten und Anlässe in der Gemeinde berichten zu dürfen und wünsche sowohl der Legislative als auch der Exekutive in all ihren Entscheidungen und ihrem Handeln gutes Gelingen und verbleibe

Mit besten Grüssen

Peter Graf vo de Rundschau Süd

Lieber Peter, es ist mir ein Anliegen, dir dafür zu danken, dass du jahrelang unsere Einwohnerratssitzungen besucht und darüber berichtet hast. Die Berichte in den Medien sind wichtig, denn es ist eines der Mittel, wo sich die Bevölkerung über das informieren kann, was im Rat passiert. Ich wünsche dir, und ich denke das kann ich im Namen des

ganzen Einwohnerrats sagen, alles Gute und ich hoffe auf weitere Begegnungen.

0.4 Traktandenliste

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt.

Fristgerecht ist ein dringliches Postulat der Fraktion glp eingegangen. Wir werden also im Anschluss an die Inpflichtnahmen über die Dringlichkeit entscheiden und das Postulat, falls es dringlich erklärt wird, auch gleich behandeln.

Es wäre also neu das 3. Traktandum, alle anderen verschieben sich jeweils um eine Nummer nach hinten. Da es keine Bemerkungen oder Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt, ist diese so genehmigt.

0.5 Termine

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Im Oktober findet die Doppel-Einwohnerratssitzung statt. Bitte reserviert euch Mittwoch, 19. und Donnerstag, 20. Oktober 2022.

1 Einwohnerrat; Protokolle 2022; Protokoll vom 30. Juni 2022 (2021-0288)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Das Einwohnerratsprotokoll vom 30. Juni 2022 wird genehmigt und der Protokollführerin und dem Kanzleiteam verdankt.

2 Inpflichtnahme von Martin Bürlimann, SVP (anstelle des zurückgetretenen Martin Gilgen, SVP) und Antonia Zumstein (anstelle der zurückgetretenen Ruth Jo. Scheier, glp) (2022-0842)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident:

Der Einwohnerratspräsident nimmt

Martin Bürlimann, SVP, und Antonia Zumstein, glp,

in Pflicht, heisst sie als Einwohnerräte herzlich willkommen und wünscht ihnen für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

3 Dringliches Postulat der Fraktion GLP vom 30. August 2022 betreffend drohende Strommangellage im Winter 2022/2023: Was macht die Verwaltung der Gemeinde Wettingen?

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Das dringliche Postulat der Fraktion glp vom 30. August 2022 betreffend "drohende Strommangellage im Winter 2022/2023: Was macht die Verwaltung der Gemeinde Wettingen?" wurde fristgerecht eingereicht und dem Einwohnerrat zugestellt. Gerne übergebe ich den Postulanten das Wort betreffend Dringlichkeit.

Steinmann Sarah: Es ist wohl an keinem vorbeigegangen. In jeder Zeitung, in jeder Nachricht, in unzähligen Massnahmen des Bundesrats ist die drohende Strommangellage omnipräsent. Im letzten November hat die Elcom (die eidgenössische Elektrizitätskommission) eine Studie präsentiert, welche aufzeigt, dass die Versorgungssicherheit, insbesondere im Winter 2025, gefährdet ist.

In der Zwischenzeit sind einige Bemühungen Seiten des Bundesrats im Gange, wie zum Beispiel die Wasserkraftreserve oder das Beschleunigungsverfahren. Die Probleme sind: etwa die Hälfte von allen Kernkraftwerken in Frankreich sind wegen Revisionen und Sicherheitslücken vom Netz genommen worden, wir hatten einen sehr trockenen Sommer und dazu kommt der Angriffskrieg auf die Ukraine, welcher einen Gasmangel nach sich zieht. Die Folge davon ist, dass wir bereits diesen Winter auf eine mögliche Strommangellage zu laufen. Es hat zwar Strom aber eben zu wenig.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Im Votum sollte es jetzt nur um die Begründung zur Dringlichkeit gehen.

Steinmann Sarah: Dazu komme ich jetzt: Weshalb die Dringlichkeit? Ich habe aufgehört zu zählen, wie viele Medienkonferenzen Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Guy Parmelin in den letzten Wochen gehalten haben. Erst gerade letzte Woche wurde eine Sparkampagne lanciert. Während der Medienkonferenz hat Bundesrätin Sommaruga, nebst den Massnahmen für die einzelnen Haushalte, klar die öffentliche Verwaltung aufgefordert, als Vorbild voranzugehen und jetzt Strom zu sparen. Denn mit jeder Kilowattstunde, welche heute gespart wird, spart man Gas. Tönt komisch, ist aber eigentlich relativ simpel. Spitzenlasten werden mit Gas abgedeckt. Das heisst, Stromproduktion mit Gas kommt dann zum Einsatz, nachdem der Strom von erneuerbarer Energie, Kohle und Atom aufgebraucht sind. Wenn wir also Strom sparen, muss weniger Strom mit Gaskraftwerken produziert werden. Der Stromverbrauch ist also direkt an Gasverbrauch gekoppelt. Das heisst, es wird Gas gespart.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Im Votum darf jetzt wirklich nur erwähnt werden, wieso das Postulat als dringlich behandelt werden soll. Der Inhalt des Postulats ist noch nicht Thema. Wieso das Postulat dringlich ist, sollte in drei Sätzen gesagt sein.

Steinmann Sarah: Darum ist es relativ simpel. Wir alle müssen jetzt Strom sparen und die Gemeinde soll dabei mit gutem Vorbild vorangehen. Das Ganze ist dringlich, weil jede Kilowattstunde, die wir jetzt sparen im Winter zur Verfügung haben. Man muss sich also jetzt Gedanken machen. Man muss jetzt anfangen zu sparen. Man muss sich jetzt auf den Winter vorbereiten. Deshalb bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, helfen Sie mit, dass wir im Winter nicht mehr frieren müssen, als sonst schon und sind wir ein Teil von einer vorausdenkenden Gesellschaft.

Egloff Martin, Gemeinderat: Das ist das sprichwörtliche "Einrennen von offenen Türen". Der Gemeinderat hat bereits im August beschlossen, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Am 30. August 2022 wurde im Energieausschuss besprochen, welche Massnahmen jetzt getroffen werden müssen. Demnächst kommen diese Massnahmen vor den Gemeinderat zur Beschlussfassung. Wir sind also bereits dran. Insofern können wir dieses Postulat entgegennehmen, ob jetzt dringlich oder nicht, denn wir sind bereits an der Umsetzung.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Gemäss Einwohnerratsreglement ist keine Diskussion vorgesehen. Lediglich die Person, die das Postulat zur Dringlichkeit stellt, kann die Dringlichkeit kurz erläutern. Wir können demnach direkt zur Abstimmung kommen.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte kurz erläutern, weshalb die Fraktion SP/WettiGrün, nach intensiver Diskussion, sich nicht für eine Dringlichkeit aussprechen wird. Eigentlich kennt man von unserer Fraktion, dass wir für alle Massnahmen, welche den Energieverbrauch vermindern, die Verschwendung senken und die Energieeffizienz verbessert oder Fossile- und Nuklearenergie überflüssig machen, immer zu haben sind.

In diesem Fall sind wir aber nicht einverstanden, denn eine Bedingung in diesem Vorstoss nicht erfüllt ist.

Der Vorstoss sollte eine minimale Tauglichkeit vorweisen können, um Energieziele überhaupt erreichen zu können. Wir prüften diesen Vorstoss genau. Normalerweise sollte ein Postulat eine Forderung sein, wenn man aber diesen Postulatstext studiert, findet man nur Fragen und keine Forderung. Also ist das eigentlich überhaupt kein Postulat, sondern eher eine Interpellation. Das ist der erste Grund, weshalb wir die Dringlichkeit ablehnen. Etwas, was aus unserer Sicht untauglich ist, kann auch demnach nicht dringlich sein.

Ein weiterer Punkt: In Wettingen haben wir über 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Eine ganze Reihe von Gewerbebetrieben, welche auch Strom benötigen. Mit diesem Postulatstext wird aber nur der Stromverbrauch der Gemeindeverwaltung selbst angesprochen. Ich habe mir die Zahlen von unserer Energie Wettingen AG geben lassen. Die Gemeinde hat im 2021 2.4 Mio. kWh verbraucht für Strassenbeleuchtung und Betrieb der Gebäude etc. Der Gesamtverbrauch der Gemeinde Wettingen hingegen ist 88 Mio. kWh. Selbst wenn es gelingen würde, vom Verbrauch (Schulhäuser, Rathaus, Strassenbeleuchtung etc.) 5 % - 10 % einzusparen, wäre das ziemlich unbedeutend.

Noch ein zusätzlicher Grund, weshalb wir die Dringlichkeit nicht sehen: Alles ist bereits in Gang gesetzt. Bundesrat und Bundesbehörde bereiten sich seit Monaten vor. Wir sehen das Postulat als profilierende Schaumschlägerei und möchten hier zu bedenken geben, dass in Moskau ziemlich genau beobachtet wird, wie wir im Westen auf den Einsatz der Energiewaffen reagieren und vielleicht wird von der russischen Botschaft auch gesehen, was im kleinen Wettingen vor sich geht. Es wäre vielleicht besser, solche Geschäfte direkt mit den betreffenden Personen (z. B. Gemeinderat und Verwaltung) zu besprechen, anstatt ein öffentliches Tamtam zu organisieren.

Wassmer Christian: Ich gebe Leo Scherer-Kleiner absolut recht. Auch für mich handelt es sich bei diesem Vorstoss um eine Interpellation. Eine Interpellation mit einer Frage. Und auch eine Interpellation kann als dringlich erklärt werden.

Zur Dringlichkeit werden wir zustimmen, denn wir denken, es wurde bereits zu viel über dieses Geschäft gesprochen. Ich sehe diesen Vorstoss auch eher als Profilierungsversuch. Lassen wir den Gemeinderat diesen beantworten und gehen wir weiter.

Ernst Manuela: Auf die Worte von Leo Scherer-Kleiner möchte ich gerne kurz eingehen:

Wenn bei mir zuhause eine Lampe brennt, die nicht brennen müsste, denke ich immer an Leo Scherer Kleiner. Es wundert mich, was er heute sagt, dass das Wenige was hier gespart werden könnte, nicht viel ausmachen würde. Ich kann mich erinnern, dass du, Leo, einmal erwähnt hast, dass eine Energiesparlampe nicht nur dann spart, wenn sie brennt, sondern vor allem, wenn sie nicht brennt.

Vorher bin ich auf die Toilette und habe mich sehr gefreut, dass der Gemeinderat bereits die ersten Massnahmen ergriffen hat und ein Zettel, mit der Aufforderung das Licht zu löschen beim Verlassen der Toilette, aufgehängt hat. Ich denke, dass es eine Vorbildfunktion hätte, wenn der Gemeinderat diese Massnahmen auch nach aussen tragen würde.

Aus meiner Sicht ist es bei den Leuten noch nicht angekommen, denn aus jedem Laden, an dem man vorbeiläuft, kommt kühle Luft raus. Aber wir müssen jetzt sparen, denn es ist jetzt dringend.

Fricker Martin: Wir sind der Meinung, dass bereits viel über das Thema gesprochen wurde, und wir möchten das gerne heute Abend diskutieren, deshalb werden wir für die Dringlichkeit stimmen.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Für die Dringlichkeit benötigt es eine Zweidrittelmehrheit. Es sind heute 45 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend, das heisst, es benötigt 30 Ja-Stimmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

Das Dringliche Postulat der Fraktion GLP vom 30. August 2022 betreffend drohende Strommangellage im Winter 2022/2023: Was macht die Verwaltung der Gemeinde Wettingen? Wird als dringlich erklärt.

Das Postulat wird sogleich behandelt.

Steinmann Sarah: Im Meinem vorherigen Votum habe ich sicherlich etwas weit ausgeholt. Es war mir einfach extrem wichtig, dass man den Handlungsbedarf sieht. Andere Länder mussten bereits wegen einer Strommangellage die Industrie lahmlegen. In der Schweiz gibt es eine Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (OSTRAL), welche zum Einsatz kommt, wenn wir tatsächlich eine Strommangellage haben. Diese Organisation hat verschiedene Szenarien, wie sie vorgehen würde bei einer Strommangellage, unter anderem auch Kontingentierung oder Abschaltungen. Die OSTRAL ist schon länger mit Wirtschaftsverbänden und der Politik im Gespräch, wie die denkbaren Massnahmen möglichst verhindert werden können. Ich denke, wir müssen in dieselbe Kerbe wie der Bundesrat schlagen und der Gemeinderat mit der öffentlichen Verwaltung sollte vorangehen, z. B. mit verschiedenen Massnahmen, wie der Bundesrat auf seiner Webseite die Bevölkerung sensibilisiert und verschiedenen Tipps und Tricks auflistet.

Wir rennen vielleicht offenen Türen ein, aber es ist wichtig, dass wir jede Kilowattstunde sparen, welche wir sparen können.

Egloff Martin, Gemeinderat: Wir sind bereits an diesem Thema dran. Es gibt verschiedene Massnahmenpakete. Bereits vom Bund sind verschiedene Gadgets, wie z. B. Flyer, welche wir an verschiedenen Standorten aufhängen werden. Auf den Flyern steht unter anderem, dass Radiatoren nicht abgedeckt werden sollen, weil sie dann weniger effizient arbeiten und mehr Energie verbrauchen. Oder Hände können kalt und nicht warm gewaschen werden, oder man könnte auf den Lift verzichten und die Treppe zum Rathaussaal benützen.

Es gibt auch in den gemeindeeigenen Liegenschaften Massnahmen, die wir ergreifen können, z. B. sämtliche Boiler auf 55 Grad runterstellen oder die Raumtemperatur um 2 - 2.5 Grad in den Räumen senkt. Das sind die Massnahmen, die wir anpeilen und die nächstens im Gemeinderat beschlossen werden.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat ist bereits das Postulat entgegenzunehmen. Ist dies bestritten?

Scherer Kleiner Leo: Meine Frage richtet sich an die Fraktion glp: Steht in eurem Vorstoss etwas Prägnantes, welches in den Massnahmen des Gemeinderats nicht vorkommt? Wenn diese Frage mit "Nein" beantwortet wird, müsstet ihr konsequent sein und euch eingestehen, dass ihr eure Medienpräsenz hattet und von dem Thema profitieren konntet, ihr aber euren Vorstoss zurückziehen müsst.

Ich habe Mühe damit, Vorstösse zu überweisen, obwohl man feststellt, dass sie absolut unnötig sind, weil unsere Verwaltung und unser Gemeinderat bereits tätig sind.

Wenn meine anfängliche Frage nicht deutlich mit "Ja" beantwortet werden kann, dann stelle ich den Antrag auf Ablehnung.

Notter Daniel: 2019 haben wir den Klimanotstand im Rat ausgerufen. Ich würde gerne den Gemeinderat an dieser Stelle fragen, welche Massnahmen seither getroffen wurden. Ich gehe davon aus, dass einige bereits umgesetzt sind, und braucht es heute nicht mehr neu zu beschliessen.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Es ist dem Gemeinderat freigestellt, ob er diese Frage beantworten möchte.

Der Gemeinderat verzichtet auf eine Antwort. Die Diskussion scheint erschöpft.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Das dringliche Postulat der Fraktion GLP vom 30. August 2022 betreffend drohende Strommangellage im Winter 2022/2023: Was macht die Verwaltung der Gemeinde Wettingen? wird abgelehnt.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Gerne verabschiede ich mich von den Teilnehmenden der Mündigkeitsfeier auf der Tribüne, welche jetzt ins Tex Mex zum Abendessen gehen. En Guete!

4 Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl Mitglied für den Rest der Amtsperiode 2022/2025; Wahl von Sarah Steinmann, glp (2022-1194)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Als Ersatz von Ruth Jo Scheier in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wird Sarah Steinmann von der Fraktion glp vorgeschlagen.

Ernst Manuela: Unsere Sarah Steinmann möchte gerne anstelle von Ruth Jo Scheier in die GPK. Sarah ist 28, auf dem Mutschellen aufgewachsen und seit fast drei Jahren in Wettingen wohnhaft. Sie hat Politikwissenschaften studiert und während dem Studium beim BKS und bei der Staatskanzlei in Aarau gearbeitet. Jetzt arbeitet sie bei der BKW, das ist ein Energie- und Dienstleistungskonzern in Bern. Deshalb kennt sich in diesem Thema bestens aus und hat sich auch intensivst mit dem Reglement für das Förderprogramm auseinandergesetzt. Sie bekam Freude für solche Geschäfte und hat sich deshalb angeboten, für die Fraktion glp in die GPK zu gehen. Sarah ist motiviert, innerhalb einer Kommission parteiübergreifend zu arbeiten, so ihren Horizont zu erweitern und gute Lösungen zu erarbeiten. Wir empfehlen sie wärmstens zur Wahl.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Das Einwohnerratsreglement erlaubt gemäss § 28 Abs. 2 eine offene Wahl, wenn kein Mitglied des Einwohnerrats dagegen ist. Bei der Gesamterneuerungswahlen kann das nicht gemacht werden aber bei Ersatzwahlen ist das möglich. Es ist niemand gegen eine offene Wahl. Sarah muss nicht in den Ausstand, auch sie hat ein Stimmrecht.

Offene Wahl

Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsperiode 2022/2025

Sarah Steinmann wird mit grosser Mehrheit in die Geschäftsprüfungskommission als Ersatzmitglied für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 gewählt.

5 Bau und Planung; Strategie Personal (2021-0880)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Traktandenbericht liegt vor. Es handelt sich um ein Kenntnisnahmengeschäft. An der Formulierung am Schluss ist festzustellen, dass keine Abstimmung vorgesehen ist. Der Gemeinderat hat das diesmal anders formuliert, da dies beim letzten Kenntnisnahmengeschäft zu Diskussionen, betreffend Sinn und Unsinn von Abstimmungen bei Kenntnisnahmen, geführt hat. Bei der Gemeindeabteilung des Kantons haben wir abklären lassen, wie das genau mit Rückweisung vonstattengeht. Die Gemeindeabteilung antwortete folgendes:

"Kenntnisnahmengeschäfte liegen in der Kompetenz des Gemeinderats. Der Einwohnerrat kann Inputs anbringen, wo er Anpassungsbedarf sieht, kann aber keine Anträge stellen. Es ist eine Freiwilligkeit des Gemeinderats den Einwohnerrat darüber zu informieren. Eine Rückweisung ist möglich. Was der Gemeinderat dann mit der Rückweisung macht, ist seine Sache. Er ist nicht verpflichtet, auf die Begehren, welche zur Rückweisung führten, einzugehen. Er ist auch nicht verpflichtet, das Geschäft nach einer Rückweisung noch einmal zur traktandieren."

Das heisst nun, die Fraktionen und auch Einzelvotanten haben also die Möglichkeit ihre Kommentare und Wünsche anzubringen, sodass der Gemeinderat unsere Sicht bei künftigen Entscheidungen und Anträgen an den Einwohnerrat berücksichtigen kann.

Gerne möchte ich das Wort zuerst der FIKO geben, dann den Fraktionen und allfälligen Einzelvotanten für allgemeine Bemerkungen und zum Schluss kommt der Gemeinderat zum Zuge.

Benz Thomas: Die FIKO hat das Strategiepapier Personal Bau + Planung zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig stellte sich einmal mehr die Frage, was das nun genau heisst oder auch was die gegenseitigen Erwartungen sind: „Habe es gelesen“, „habe es angeschaut“, „habe es für gut befunden“, „habe es ablehnend zur Kenntnis genommen“. Wir empfehlen grundsätzlich diese Art der Geschäfte sparsam einzusetzen. Stattdessen hätte man einen konkreten Antrag bringen können.

Selbstverständlich haben wir aber den Inhalt intensiv „zur Kenntnis genommen“ und diverse Fragen dazu gestellt und Antworten dazu erhalten.

Zusammenfassend:

- Es besteht seit langem, dringender Handlungsbedarf. Gewisse Aussagen im Traktandenbericht sind nun doch ziemlich erschreckend, wenn z. B. zu lesen ist, dass Führungsaufgaben oder Strategien nicht oder nur mangelhaft ausgeführt werden konnten. Da sieht man, dass doch ein dringender Handlungsbedarf besteht.
- Die genau geplante Neuorganisation der Abteilung liegt uns nicht vor und ist gemäss Aussagen von Gemeinderat Martin Egloff und Abteilungsleiter Ilko Müller in Bearbeitung. Wir erwarten, dass diese bis zur Budgetsitzung vorliegt. Es geht um Stellenbeschriebe, genaue Funktionen und auch Kompetenzen, denn nur mit mehr Personal muss nicht zwingend auch alles besser werden

- Die Erhöhung im Jahr 2023 im Umfang von 200 % nehmen wir vorbehaltlich der Finalisierung der Organisation wohlwollend zur Kenntnis
- Die geplante Erhöhung im Jahr 2024 im Umfang von nochmals 200 % nehmen wir mit Fragezeichen zur Kenntnis. Wir erwarten dafür auf das Budget 2024 einen Antrag mit aktualisierten Berechnungen und Erfahrungen mit den ersten beiden Stellen, welche im Jahr 2023 geschaffen hat.

Campino Damien: Nach Abwägung aller Argumente, in der Abteilung Bau und Planung die geplanten Stellen aufzustocken und unter Berücksichtigung der aktuellen finanziellen Lage, steht die Fraktion FDP der Strategie positiv gegenüber. Hauptsächlich aus drei Gründen:

1. Der Bedarf ist gegeben. Aus der Bevölkerung und auch aus den Tätigkeiten des Einwohnerrats sind gewisse negative Leistungsziele und Qualitätsaspekte aus dem Bereich Bau und Planung spürbar. Das Problem sehen wir dafür grösstenteils in den vielleicht nicht ganz vorhandenen Ressourcen. Andererseits ist der Bedarf aus der Zustandsanalyse Verwaltungsvermögen Liegenschaften gegeben, wo teils zwingend Nachholbedarf besteht.
2. Die Lösung ist sinnvoll. Die Erhöhung der Stellenprozente ist in der Alleinbetrachtung finanziell schmerzhaft aber aus der Gesamtsicht sinnvoll. Wenn der Bedarf unbestritten ist und die negativen Auswirkungen einer Streichung von wichtigen Investitionen nicht mehr getragen werden können, bleibt als Alternative nur noch die externe Beauftragung, welche aus Erfahrung meistens teuer und weniger nachhaltig ist.
3. Das Vorgehen ist flexibel und mit der Staffelung der Anstellung (200 % im Jahr 2023 und 200 % im Jahr 2024) ist auch eine gewisse Flexibilität gegeben, welche insbesondere wichtig ist, da die Strategie vorerst nur auf dem Papier besteht und eine Reorganisation bevorsteht. Diese Reorganisation muss schnell vorangetrieben und auf die Personalstrategie im Budget 2024 nochmals evaluiert und allenfalls angepasst werden. Die Information soll dann aber gerne proaktiv mitgeteilt werden.

Die Gemeinde Wettingen soll ihre Empfehlungen weiterhin kostensensitiv, den Bedarf immer kritisch und wiederkehrend hinterfragen und sich smart organisieren. Damit ist auch bei heiklen Themen die Unterstützung der Bevölkerung gewiss, vorausgesetzt wir haben keine populistischen Propagandaaktionen.

Egloff Valentin: Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen begrüssen den geplanten Stellenaufbau in der Abteilung Bau und Planung. Wir setzen uns schon lange für eine Gemeinde ein, welcher genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit eine nachhaltig sinnvolle Politik gemacht werden kann. In Anbetracht der Herausforderungen, welche auf die Gemeinde zukommen, sehen wir in den zusätzlichen Stellen die Möglichkeit Bauvorhaben zügig und ohne grössere Verzögerungen umzusetzen.

Für uns ist selbstverständlich, dass mit diesen neuen Ressourcen Nachhaltigkeit beim Thema Bauen stärker eingebunden werden muss, wie dies in der neuen Immobilienstrategie vom Gemeinderat schon formuliert wurde.

Uns als Fraktion ist es ein grosses Anliegen anzumerken, dass diese Stellenprozente zusätzlich geschaffen werden und nicht an einem anderen Ort eingespart werden, ansonsten schaffen wir uns selbst neue Baustellen!

Nicodet Simona: Unserer Einschätzung nach ist eine Aufstockung des Personals um 200 % in einem ersten Schritt auf das Jahr 2023 dringend angezeigt. Es stehen einige Herausforderungen an, wie Umsetzung der Immobilienstrategien, Ausführung Sanierungsprojekte oder die Abwicklung von immer komplexeren Baugesuchen. Auf die Liegenschaftsentwicklung der gemeindeeigenen Objekte muss da ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Nach erschreckenden Aussagen im Bericht sind wir auf die Organisationsänderung, die noch aufgezeigt werden muss, gespannt. Wir sind froh, dass ein jahrelanges Anliegen von Francois Chapuis endlich aufgenommen wurde. Wir versprechen uns eine Kapazitäts- und Kompetenzsteigerung und ein zufriedenstellender Dienst für die Bevölkerung. Die Strategie Personal Bau- und Planungsabteilung wird von der Mitte-Fraktion wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Streif Hannes: Ich bin froh, gibt es keine Abstimmung über dieses Geschäft, somit erspare ich euch die Hälfte meines Votums mit dem formellen Teil betreffend Kenntnisnahmengeschäfte.

Die Fraktion glp bedankt sich für die Informationen, welche in diesem Strategiepapier enthalten sind. Wir verstehen sie entsprechend als Vororientierung zur Budgetsitzung. Man kann sehen, dass sich ein paar der Gebäude in einem desolaten Zustand befinden. Man könnte sich fragen, warum man das erst jetzt bemerkt. An der Unterdatierung kann es nicht liegen. Die, die damals bereits beschäftigt waren, bemerkten es sicherlich auch schon. Was wir nicht verstehen, im Sinne einer Anregung zur Budgetdebatte, wie die gewünschte Etappierung der Stellenprozente begründet ist. Dass es wegen der steigenden Instandhaltungskosten ist, ist keine nachvollziehbare Begründung. Auch die genannten zukünftig möglichen Aufgaben, sind möglich aber kein Muss. Es fehlen in diesem Papier nicht nur Stellenbeschrieb mit Funktionen und Kompetenzen, es wird auch nicht dargelegt warum diese Aufgaben nur und zwingend mit mehr Personal erfüllt werden können. Der Gemeinderat schaut nach Aarau und Baden und meint, dass er unterdatiert dasteht. Wenn aber schon Ungleiches mit Ungleichen verglichen wird, wäre es auch angezeigt, dass im Bereich der Liegenschaftsverwaltung mit der Privatwirtschaft verglichen würde, dann würde man sehen, dass Wettingen ziemlich gut dasteht. Die Werte, welche sich im Vermögen (Finanz- oder Verwaltungsvermögen) befinden, können grundsätzlich mit bestehenden Ressourcen unterhalten werden.

Für die Budgetdebatte werden wir entsprechende Erklärungen erwarten, allem voran erwarten wir Stellenbeschrieb, Funktionen und Kompetenzen.

Bader Markus: Wie im Traktandenbericht erwähnt steigen die Anforderungen in der Raumplanung, denn die Anzahl der Baugesuche steigen. In der jetzigen Situation ist die zuständige Stelle für Baugesuche mehr mit raumplanerischen Aufgaben beschäftigt, als für was sie zuständig wäre, nämlich Baugesuche zu prüfen.

Die Baugesuche liegen zurzeit lange in der Abteilung, was zu Unzufriedenheit der Gesuchsteller führt. Mit der Energiekrise werden vermehrt Baugesuche für Wärmepumpenheizungen eingereicht. Hier würde nach Ansicht der SVP ein vereinfachtes Verfahren, wie Angaben zur Lärmbelastung, Standort in Situation markiert und vor allem keine öffentliche Publikation, die zu erheblich mehr Einsprachen führen kann, die Durchlaufzeit massiv verkürzen.

Die geplanten 200 Stellenprozente im Jahr 2023 sind in der SVP unbestritten, wir erwarten für die zusätzliche Stelle Liegenschaften einen Stellenbeschrieb, in welchem Aufgaben und Kompetenzen umschrieben sind. Wir bitten den Gemeinderat auf die Budgetsitzung ein entsprechendes Dokument zu liefern, damit sich die SVP definitiv entscheiden kann.

Die weiteren 200 Stellenprozente im Jahr 2024, die für den Bereich Liegenschaften angedacht sind, kann die SVP nicht gutheissen.

Die im Traktandenbericht aufgeführten Aufgaben und Rollen für Liegenschaften, ist nach unserer Ansicht sehr hoch gegriffen. Dass ein Teil der Liegenschaften, egal ob im Finanz- oder Verwaltungsvermögen angesiedelt sind und sich in einem schlechten Zustand befinden, wussten wir schon vor der Zustandserfassungen. Wir sind der Ansicht, mit der im 2023 neugeplante Stelle für die Liegenschaften reicht dies. Heute schon werden die Liegenschaften intern verwaltet und die zusätzliche Stelle entlastet den zuständigen Mitarbeitenden.

Für grössere Projekte, egal in welchem Vermögen, benötigt es Planende, die Führung dieser Projekte kann durch externe Bauherrenvertretende gelöst werden, diese Vertretung wäre befristet und würde die Investitionsrechnung belasten. Es ist auch fraglich, ob diese Stelle intern angesiedelt werden soll, denn es besteht die Möglichkeit von Interessenkonflikten zwischen Bauherren und Bauherrenvertretenden.

Die SVP verlangt auf Ende 2023 eines Statusbericht über die Auswirkungen der neuen Stelle Liegenschaften, damit sie für das Budget 2024 eine Entscheidungsgrundlage, für die neu zu schaffenden Stellen hat, ohne Bericht wird sich die SVP gegen weitere Stellenerhöhungen stellen.

Scherer Kleiner Leo: In der Finanzkommission habe ich mich ein wenig geärgert, dass wir schon wieder ein Kenntnismengengeschäft vorgelegt bekommen. Ich sehe ein Bedürfnis, dass gewisse grundsätzliche oder konzeptionelle Fragen politisch entscheiden werden müssen, um damit das Fundament für verbindliche finanzrechtliche Beschlüsse zu schaffen. Das setzte jedoch voraus, dass gescheite Regelungen in das Reglement einfließen.

Besteht das Interesse, eine Studiengruppe zusammenzustellen und der Fragestellung nachzugehen und die Möglichkeiten für die Behandlung von Konzepte- und Strategiepapieren zu prüfen, damit wir solche Geschäfte im Rat behandeln können, dass sie mindestens politische Beschlüsse, wenn auch noch nicht finanzrechtlich verbindliche Beschlüsse, sind. Falls das Interesse besteht, findet man meine E-Mailadresse auf der Webseite und man kann mich direkt kontaktieren.

Notter Daniel: Ein Kompliment, dass man sich um das Thema Personal kümmert und versucht eine Strategie zu entwickeln. Ich bin nicht ganz sicher, ob das eine Personalstrategie darstellt oder vielleicht eher eine Personalplanung. Grundsätzlich finde ich es aber gut.

Ich habe zwei Punkte, dafür muss ich etwas vorgreifen:

- In einem späteren Traktandum der heutigen Sitzung geht es um die Immobilienstrategie. Im Bericht der TENDA AG wird der Arbeitsplatz der Zukunft beschrieben. Unter anderem ist von einem Projekt Verwaltung 2030 die Rede. Mich würde es interessieren, was denn das Projekt Verwaltung 2030 ist?
- Was ist die angestrebte Arbeitsplatzquote, welche die Abteilung Bau und Planung anstrebt? Das hat Einfluss auf das Personal, auf die Strategie und Arbeitsplatzgestaltung.

Das ist eine offizielle Frage und ich wäre froh, wenn die beantwortet wird. Ich überlasse es dem Gemeinderat, ob das jetzt beantwortet wird oder zu einem späteren Zeitpunkt.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich nehme als Personalverantwortlicher der Gemeinde im Namen des Gemeinderats Stellung zu den aufgeworfenen Themen.

Warum legen wir Ihnen das eine oder andere Geschäft im Sinne einer Information zur Kenntnisnahme vor? Erlauben Sie mir kurz diese Frage resp. die Position des Gemeinderats zu erläutern:

Der Gemeinderat reagiert klar und vehement auf Anforderungen aus Ihrem Kreis. Mehr als einmal mussten wir entgegennehmen, dass wir zu zögerlich, zu zaghaft oder gar nicht kommunizieren. Jetzt legen wir ein paar Fragen auf den Tisch, zeigen Ihnen was wir in Zukunft machen möchten, das ist aber nun auch nicht recht. Wir werden weiterhin als Gemeinderat bei dieser Position bleiben und diese Möglichkeit als Instrument nutzen. Das ist ein Paradigmenwechsel von Seiten des Gemeinderats, dass wir Sie weiterhin und vermehrt im Voraus informieren, auch über Themen, welche in der Vergangenheit weniger strategisch, sondern eher ungenügend behandelt wurden. Das ist der zentrale Punkt: Wir haben festgestellt, wenn wir einzelne Probleme lösen, der Einwohnerrat zu Recht eine Gesamtschau verlangt. Mit dieser Taktik ziehen wir eine Lehre aus der Vergangenheit. Jetzt möchten wir eine Schubumkehrwirkung in gewissen Themen, weshalb wir Ihnen das zur Kenntnis bringen. Im Rahmen der Beschlussfassung werden Sie dann entsprechende Vorlagen, seien das Kreditanträge aus diesen Themen oder vor allem und jetzt im Vorfeld des Budgets, insbesondere über Stellenaufstockungen und Stellenanpassungen, beurteilen. Das hat am Schluss des Tages einen Impact auf die Finanzen. Wenn es einen Budgetimpact hat, macht es Sinn, Ihre Meinung und Ihre Voten im Vorfeld abzuhören und zu erfahren, ob wir überhaupt eine Chance haben in der Budgetdebatte.

In verschiedenen Bereichen, und das ist uns wichtig, möchten wir Ihnen unsere Ideen kommunizieren und Sie informieren, was wir denken und planen. In diesem Sinne möchten wir mit dieser Taktik Rahmenbedingungen schaffen, auch damit Sie wissen, dass der Gemeinderat dran ist. In der Neuorganisation der Abteilung Bau und Planung sind wir am Arbeiten. Wir haben vor einigen Jahren eine erste Anpassung vorgenommen. Wir können feststellen, dass der Abteilungsleiter der Bau und Planung sehr viele Direktunterstellte hat. Das möchten wir gerne neu gruppieren und organisieren. Wir brauchen nicht mehr Chefs, sondern mehr Kompetenz in den verschiedenen Themen. Wir müssen einen Primus inter Pares definieren und das im Bereich Tief- und Hochbau.

Der entscheidende Punkt: Es ist eine Frage der Kapazität, ob man sich all diesen Liegenschaften auf dem Verwaltungsvermögen widmen kann. Es ist nicht nur damit zu lösen, dass irgendwelche Aufträge extern vergeben werden, denn auch diese benötigen ein Controlling und eine zuständige Ansprechpersonen.

Ich bin einverstanden mit Ihnen, das wird der Gemeinderat auch entsprechend beantworten, auch in Zusammenarbeit mit der Finanzkommission, dass Stellenbeschriebe kommuniziert werden. In der Planung benötigt es jetzt eine Stellenerhöhung für die Erarbeitung der allgemeinen Nutzungsplanung. Die andere Stelle betrifft das Portfoliomanagement unserer Liegenschaften.

Wir bedanken uns für die vielen guten Rückmeldungen. Es handelt sich hier nicht um einen Befreiungsschlag, sondern einen Weg in die richtige Richtung. Wenn dies im Budget auch so Einzug findet, und Sie das im Rahmen der Budgetprüfung absegnen, sind wir ganz klar bereit, die Resultate vorzulegen.

Eine Antwort an Markus Bader: Es ist so. Mitarbeitende, welche Baugesuche behandeln, werden zum jetzigen Zeitpunkt für andere Aufgaben eingesetzt. Und ihre, resp. Kompetenzen und Kapazitäten fehlen bei den Baugesuchen. Das ist genau das, was wir

ändern möchten und künftig die Baugesuchsprüfzeit wieder reduziert wird.

Eine Antwort an Daniel Notter: Das Thema Verwaltung 2030 ist ein internes strategisches Projekt. Ein sehr umfassendes Projekt für die gesamte Verwaltung. Nicht im Sinne einer LOVA aber im Sinne einer Analyse, wie wir im Jahr 2030 arbeiten. Was brauchen wir dann? Wie viel Personal arbeitet noch wie und wo arbeitet es? Erkenntnisse aus Privatwirtschaft, Arbeiten, Ansprüche, Digitalisierung - Wie soll die Verwaltung zusammen funktionieren? Das sind die Fragestellungen, welche neben der Gesamtprojektleitung in drei Teilpakete (Immobilienbereich, Arbeitsplatztechnologie und HR-Themen) aufgeteilt sind. Sobald wir Resultate daraus vorliegen haben, werden wir Ihnen diese natürlich zur Kenntnis bringen.

Kenntnisnahme

Der Einwohnerrat nimmt die Strategie Bau und Planungspersonal zur Kenntnis.

6 Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Finanzvermögens (2022-1088)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Auch hier handelt es sich um ein Kenntnisnahmengeschäft und wird gleichbehandelt wie das vorherige Traktandum.

Baumann Jürg: Ich werde ein zusammengefasstes Votum zu den beiden Strategiepapieren Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen (Traktandum 6 + 7) halten.

Wir in der FIKO haben uns gewundert, dass Vorlagen, die der Einwohnerrat zur Kenntnis nimmt, durch uns geprüft werden müssen. Das ist wohl neu so, nachdem in der letzten Sitzung das ICT-Papier Anlass zu Diskussionen gab.

Die beiden Strategiepapiere stehen in direkt Zusammenhang mit den geplanten Stellenerhöhung in der Abteilung Bau- und Planung.

Die Strategie für die Immobilien wurde vom Einwohnerrat schon lange gefordert, das belegt auch das Postulat des ehemaligen Einwohnerrats Francois Chappuis. Die Immobilien im Finanzvermögen haben die Aufgabe eine Rendite zu generieren. Die Immobilien im Verwaltungsvermögen benötigt die Gemeinde, um ihre Aufgaben gegenüber den Einwohnern zu erfüllen, wie Schulhäuser, Verwaltung, Werkhof und dergleichen.

Die Liegenschaften im Finanzvermögen haben einen Wert von 15 Mio. exkl. Land. Dies ist eher eine bescheidene Summe.

Die Zustandsanalyse der Liegenschaften zeigt, dass die meistens Liegenschaften nicht in einem so schlechten Zustand sind, ausser den Liegenschaften an der Kirchstrasse und Margelstrasse 31 und 33. Die restlichen Liegenschaften sollten im normalen Unterhaltsrhythmus erneuert werden.

Mit dem Strategiepapier Liegenschaften im Finanzvermögen muss der Gemeinderat eine optimierte Rendite erwirtschaften, nach Ansicht der FIKO sollte diese über alle Liegenschaften mindestens 4 - 6 % betragen. Wir sehen dann in der Rechnung 2023, ob der Gemeinderat mit seiner Strategie Erfolg hat.

Beim Strategiepapier Liegenschaften im Verwaltungsvermögen sind grundsätzlich, was den Erhalt der Liegenschaften betrifft, die gleichen Ansätze wie im Finanzvermögen gültig. Massvoll erneuern und unterhalten. Die im Traktandenbericht aufgeführten

Leitsätze und Ziele entsprechen den heutigen Grundsätzen für den Unterhalt von Liegenschaften und bei Neubauten.

Wir sind gespannt wie die beiden Strategiepapier umgesetzt werden.

Die FIKO hat die beiden Papiere zur Kenntnis genommen.

Burger Alain: Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen werde ich ebenfalls gleich zu beiden Immobilienstrategien sprechen, diejenigen im Finanzvermögen und diejenigen im Verwaltungsvermögen.

Was bringt es, wenn wir der nächsten Generation Wettingen als Bruchbude hinterlassen, vielleicht irgendwann sogar schuldenfrei, aber leider unbewohnbar? In den letzten Jahren hat sich bei den Liegenschaften der Gemeinde ein enormer Investitionsbedarf angestaut und wir müssen dringend aufholen.

Ich könnte jetzt ausholen, die Geschichte von einer verfehlten Steuerpolitik erzählen, wie aufgrund mangelnder Mittel wichtige Unterhaltsarbeiten in die nahe und noch viel häufiger in die ferne Zukunft verschoben wurden oder wie viel ein Sportzentrum letztendlich gekostet hat, weil jahrzehntelang nichts mehr an dieser Freizeitanlage gemacht wurde. Zusammengefasst leidet Wettingen unter einem Investitionsstau und dafür sind wir hier drin verantwortlich.

Mit der vorliegenden Zustandserfassung schafft der Gemeinderat endlich Grundlagen und mit der Immobilienstrategie blickt er in eine schönere Zukunft. Die Fraktion SP/WettiGrünen nimmt beides wohlwollend zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für diese gute Arbeit. Insbesondere die Leitsätze und Massnahmen zu "Energie und Umwelt" sind zentraler Kernpunkt, an dem sich die Gemeinde künftig bei Bauprojekten orientieren wird.

Wir hoffen, dass der Gemeinderat die Strategie auch umsetzen kann. 70 Mio. Franken wird es allein für den Substanzerhalt bei den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen brauchen. Grossvorhaben wie die Masterplanung Schule und die Verwaltung 2030 kommen dazu. Wir sind gespannt, wie der Gemeinderat die entsprechenden finanziellen Mittel sichern möchte. Ohne Steuererhöhung, und dass sollte mittlerweile bei allen klar sein, wird es nicht gehen.

Denn Investitionsbedarf besteht nicht nur bei den Immobilien. Wir SP/WettiGrünen sehen auch Bedarf bei Musikschule und Gemeindebibliothek, bei Sport und Freizeitangeboten, bei der Kultur und bei den Leistungen an das Alter, bei der Bildung und den Betreuungsstrukturen, bei den Velowegen und den fehlenden Grünflächen und aktuell vor allem bei den Menschen, die wegen der schwindenden Kaufkraft und den steigenden Energiepreisen unter Druck geraten.

Spätestens beim Budget müssen wir die Weichen stellen. Unsere Immobilien weiterhin verlottern lassen oder den Stern an der Limmat zum Leuchten bringen. Ohne Strom zwar nicht so einfach, aber für die nächste Generation, die jetzt gerade beim Nachtessen ist, unerlässlich.

Gähler Judith: Auch ich beziehe mich auch auf beide Strategien.

Der Gemeinderat legt eine umfassende Immobilienstrategie vor, welche einerseits den Unterhaltsbedarf der Gebäude im Finanz- und Verwaltungsvermögen bis ins Jahr 2040 und andererseits auch die Kriterien für die Bewirtschaftung der Liegenschaften in Zukunft aufzeigt.

Wir von der Fraktion FDP nehmen die Immobilienstrategie wohlwollend zur Kenntnis. Die Bewirtschaftung nach dem 3-Säulenprinzip erscheint uns einleuchtend und wir erhoffen uns davon insbesondere, dass die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeliegenschaften in Zukunft zunimmt.

Der Zustandsbericht zeigt deutlichen Handlungsbedarf auf. Mit dem ausgewiesenen Unterhaltsbedarf von 70 Mio. Franken können die Immobilien der Gemeinde aber lediglich instandgehalten werden. Wir werden aber in diesem Rat schon sehr bald auch über Erweiterungen oder Neubauten, etwa im Rahmen der Schulraumplanung, entscheiden müssen. Hier ist mit weiteren Investitionen in Millionenhöhe zu rechnen.

Die zu erwartenden Investitionen sind angesichts der finanziellen Lage der Gemeinde Wettingen überwältigend und wir geben zu, es macht sich bei uns ein gewisses Unbehagen breit. Es liegt nun in der Verantwortung von uns allen, Lösungen aufzuzeigen, wie mit dieser Herausforderung umgegangen werden soll. Ein erster Ansatz haben wir von der Fraktion FDP mit unserem Postulat betreffend Aktivierung von Ertragspotenzialen geliefert, welches der Gemeinderat heute zur Entgegennahme empfiehlt. Und uns ist klar: Das wird nicht reichen.

Nicodet Simona: Die Mitte-Fraktion begrüsst, dass die Zustände der Gemeindeimmobilien erfasst und damit kombiniert eine Strategie erarbeitet wurde. Die Immobilienstrategie muss aufzeigen, wie mittels der Ressource Immobilien politische Ziele unterstützt und erreicht werden können. Sie definiert die Art und Weise der Bereitstellung, Erhaltung und Bewirtschaftung des Immobilienportfolios im Verwaltungs- und im Finanzvermögen. Die Immobilienstrategie ist auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und auf die neuen Zielvorgaben auszurichten. Das Immobilienmanagement ist auch auf die Nachhaltigkeitsaspekte Soziales, Ökonomie und Ökologie auszurichten. Mit dieser Grundhaltung ist ein ressourcenschonender Umgang zu pflegen und ein Generieren von langfristigen zusätzlichen Einnahmen anzustreben. Die Immobilienstrategie soll einer systematischen rollenden Planung unterliegen, um die jeweiligen vorrangigen Ziele effektiv erreichen zu können.

Ernst Manuela: Auch ich fasse mein Votum zusammen.

Lange ist es gegangen, doch nun liegt das Papier vor. Positiv zu beurteilen ist, dass endlich alle Bauten, welche im Finanzvermögen der Gemeinde sind, zusammen mit ihrem Zustand erfasst wurden. Wir sind erstaunt, wie wenige es sind.

Was wir uns fragten: Ist das Papier wirklich als Strategie zu betrachten? Für eine Strategie ist es uns doch eher oberflächlich vorgekommen. Schnell machte ich mich hinter eine Google-Suche und habe „Immobilien Strategie“ eingetippt. Leider ergab sich keine Definition. Dann habe ich es mit „Strategie“ versucht und bin fündig geworden. Der erste Hit kam aus dem Wörterbuch: *„Genauer Plan für ein Verhalten, der dazu dient, ein Ziel zu erreichen und in dem man alle Faktoren von vornherein einzukalkulieren versucht.“*

Ich belies es nicht nur beim ersten Hit, sondern las mich bis zum Vierten durch. Was immer wieder erwähnt wurde: Eine Strategie zeigt der Führung auf, wie sie mittelfristig und auch langfristig ihre Ziele erreicht. Dazu müssen Ziele definiert werden und die Faktoren, wie Stärken und Schwächen zur Erreichung der Ziele erfasst werden.

Lieber Gemeinderat, seid ihr der Überzeugung, dass euer Papier die Anforderungen an eine Strategie erfüllt? Dass in diesem Papier genügend strategisches Vorgehen ist, damit ihr wisst, wann, was, wie, wo umzusetzen ist, damit ihr die Ziele von der Gemeinde erreicht?

Wir haben eher ein paar Zweifel daran. Für uns sind in diesem Papier eher Legislaturziele definiert, aber keine Strategie.

Ein Ansatz von Strategie im Papier findet sich einzig bei der Objektstrategie, welche Objekte wir halten, entwickeln oder abstossen sollten, aber auch da fehlt bei der Auflistung der Liegenschaften jeglicher Zeithorizont. Beim Fallbeispiel ist ein Ansatz von mittel- und langfristiger Planung enthalten.

Dann werden in Leitbild Nachhaltigkeit, Ökologie, Vorbildfunktion hervorgehoben, setzen das dann aber im ersten Objekt, für das einen Kreditantrag gestellt wird, über den wir nachher noch reden, nur halbherzig um.

Noch etwas zum Inhalt direkt: Immobilienstrategie, S. 10, 5.6 Gebäudeprozess, 2. Abschnitt, vierter Satz: *„Nach Abschluss des Projekts übergibt die Bauherrenvertreter das fertig erstellte Bauwerk an den Bauherrenvertreter.“* Ein wiederholtes Durchlesen hätte nicht geschadet.

Zustandserfassung Kirchstrasse 24-26, S. 6, 1.3.2 "Grobdiagnose Sanitär": *„Die Sanitärinstallationen sind in einem schlechten Zustand.“* Bekamen jedoch ein grünes Feldchen („guter Zustand“).

Im zweiten Papier wird immerhin nicht mehr von Strategie geredet. Das Wort findet sich, im Gegensatz zum ersten Bericht, in dem es ganze 34-mal vorkommt, genau nur noch zweimal, einmal davon im Titel, was nicht ganz richtig ist. Viel eher würde hier „Zusammenfassung der Leitziele“ passen.

Zur Gebäudediagnose des Rathauses: Ich bin ziemlich schnell mal über den Haftungsausschluss gestolpert auf S. 7 und dachte mir, dass das eine Frechheit ist. Als ich dann aber weiterlas, wurde mir glaubhaft gemacht, weshalb man das so macht.

Beim Gebäude- und Bauteilbeschrieb wurden fast überall nur Annahmen zum Alter getroffen. Hier fragte ich mich, ob die eigenen Bauten nicht dokumentiert oder das Archiv gescheut wird. Grundsätzlich kann man aber sagen, dass die Gebäudediagnose sicherlich klarere Angaben macht, wenn was umgesetzt, ersetzt oder erneuert wird. Trotzdem: ein ganzheitlicher Überblick fehlt auch hier wieder. Warum geht der Gemeinderat das an? Stimmen die Zahlen, welche wir im Finanzplan haben mit der anstehenden Sanierung über alle Gebäude im Verwaltungsvermögen überein? Ich weiss es nicht und kann es nicht überprüfen.

Für uns sind die vorliegenden Papiere eher Grundlagen für eine Ausarbeitung einer Strategie seitens des Gemeinderats. Die Fraktion glp nimmt das Geschäft zur Kenntnis.

Fricker Martin: Ich bedanke mich beim Gemeinderat und der Verwaltung für beide Berichte. Wie Manuela Ernst, sehen auch wir die Papiere nicht als Strategie, sondern eher als Zustandsanalyse. Es wäre schön, wenn wir in einer späteren Phase die Ziele dieser Papiere vom Gemeinderat erfahren könnten.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Danke für die verschiedenen Anregungen. Ich stelle fest, dass auch andere Personen sich im Internet Informationen holen. Danke für den Hinweis zum Thema "Strategie". Es ist dem Gemeinderat extrem wichtig, dass wir vor allem bei den Liegenschaften im Finanzvermögen in einen Rentabilisierungsmodus gelangen. Dies nicht auf einzelne Liegenschaften betrachtet, sondern im Rahmen einer Gesamtbetrachtung. Am Schluss des Tages muss aus unserem bescheidenen Fundus an Liegenschaften im Finanzvermögen eine Rentabilität, ein Bruttoertrag, eine Bruttorendite resultieren. Diese möchten wir künftig gemeinsam führen und ausweisen. Das ist das oberste Ziel dieser gesamten Thematik.

Kenntnisnahme

Der Einwohnerrat nimmt die Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Finanzvermögens zur Kenntnis.

7 Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens (2022-1087)

Egloff Martin, Gemeinderat: Im Gegensatz zu den Liegenschaften im Finanzvermögen, müssen wir hier keinen Gewinn generieren. Aber wir sind selbstverständlich bemüht, ökonomisch und ökologisch die Sanierungsarbeiten anzugehen für die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen. Das vorliegende Papier ist unser Handbuch, wie wir vorgehen sollen. Im Investitions- und Finanzplan wird abgebildet, in welchem Rhythmus vorzugehen ist, damit wir die 70 Mio. Franken stemmen können.

Kenntnisnahme

Der Einwohnerrat nimmt die Zustandserfassung und Immobilienstrategie für die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zur Kenntnis.

8 Postulat der Fraktion FDP vom 30. Juni 2022 betreffend Aktivierung von Ertragspotenzialen; Entgegennahme (2022-0922)

Brüllmann Daniel: Wir bedanken beim Gemeinderat für die Entgegennahme unseres Postulats. Heute haben wir bereits einiges über Kosten und Erträge (insbesondere über Finanzvermögen und Aktivierung dessen Ertragspotential) gehört, doch wir sind der Überzeugung, dass es an verschiedenen Orten in den Gemeinderessourcen, also nicht nur bei den Liegenschaften, Möglichkeiten zur Generierung von Erträgen und somit positive Entlastungen des Budgets gibt.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat möchte sich nicht weiter dazu äussern. Da die Überweisung nicht bestritten ist, benötigt es keine Abstimmung. Das Postulat ist überwiesen.

9 Postulat Burger Alain, SP, und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2022 betreffend nachhaltiges Bauen und Bewirtschaften; Entgegennahme (2022-0756)

Burger Alain: Im Namen der Unterzeichnenden danke ich dem Gemeinderat für die Entgegennahme. Ich habe es vorher bereits erwähnt: Vieles ist in der Immobilienstrategie eingeflossen und lässt uns optimistischer auf zukünftige Immobilienvorhaben blicken.

Willkommen im Anthropozän. Wir sind in eine neue erdgeschichtliche, vom Menschen geprägte Epoche eingetreten. Denn der Mensch hinterlässt Spuren: Beton, Mikroplastik und radioaktive Strahlung werden zu unserem Fingerabdruck in der Erdgeschichte. Wir haben etwa drei Viertel der festen eisfreien Erde umgekrempelt. Daran kann Wettingen nichts ändern, aber wir können beim Erstellen und Bewirtschaften von Immobilien eine Vorbildfunktion einnehmen und die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit - der Schutz der natürlichen Umwelt (Ökologie), die wirtschaftliche Effizienz (Ökonomie) und die gesellschaftliche Solidarität (Soziales) - bei zukünftigen Projekten stärker berücksichtigt.

Bei der Vorlage für die Rigistrasse 10 ist dies meiner Meinung nach trotz neuer Strategie nicht vollständig gelungen, zumindest sind die drei erwähnten Aspekte nicht explizit beschrieben. Zum Beispiel die Auswirkungen auf die Umwelt und das Klima. Bei den geplanten Baumassnahmen steht, dass das Flachdach für eine spätere Montage einer Photovoltaikanlage vorbereitet werden soll. Wird eine Anlage danach von der Energie Wettingen AG realisiert oder nicht? Und erfolgt die extensive Begrünung mit einheimischen Pflanzen, was gut für die Biodiversität wäre? Ein Begriff, der in der Vorlage nicht mal erwähnt wird.

Wir finden, das geht noch besser und für die anstehenden Grossprojekte im Schul- und Verwaltungsbereich erwarten wir Vorlagen, die das Postulat auch umsetzen. Zeit zum Üben oder von Vorlagen, die im Einwohnerrat aufgrund mangelnder Qualität scheitern, liegen nicht mehr drin. Die Kinder lernen im Container über die Geschichte des Anthropozäns und warten gemeinsam mit ihren Lehrpersonen auf nachhaltig gebaute Schulräume.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Da die Überweisung nicht bestritten ist, benötigt es keine Abstimmung. Das Postulat ist überwiesen.

10 Kreditbegehren von Fr. 930'000.00 (inkl. MwSt.) zur Erneuerung der Gebäudehülle und den Umbau des Erdgeschosses an der Rigistrasse 10; Genehmigung (2022-0498)

Aebi Marcel: Die FIKO hat das Kreditbegehren von Fr. 930'000 für die Erneuerung der Gebäudehülle und den Umbau des Erdgeschosses an der Rigistrasse 10 geprüft.

In diesem Kreditbegehren wurden zwei unabhängige Geschäfte zusammengefasst. Dies betrifft erstens die Sanierung Gebäudehülle und Warenlift und zweitens die Instandstellung der Büroräumlichkeiten für die IT-Abteilung im Erdgeschoss.

Von der Liegenschaft Rigistrasse 10 wurde bei der im Jahre 2021 vorgenommenen Zustandsanalyse festgestellt, dass die Fassade, das Flachdach und der Warenlift dringend sanierungsbedürftig sind. Die Durchführung der Sanierung ist offensichtlich und im Traktandenbericht ausführlich beschrieben.

Die IT-Abteilung beabsichtigt alle Mitarbeiter an der Rigistrasse 10 zusammenzuführen. Dieser Vorgang macht aus Sicht der Synergien, welche durch die Teamentwicklung und eine Harmonisierung der Prozesse entstehen, durchaus Sinn. Auch das durch diese örtliche Verschiebung die freiwerdenden Flächen in der Bezirksschule und im Rathaus zweckgebunden genutzt werden können. Das heisst, der heute genutzte Schulraum der IT-Abteilung in der Bezirksschule kann wieder als Schulraum und die freien Büroflächen im Rathaus durch die Bau- und Planungsabteilung genutzt werden.

Bei der Grösse der Bürofläche mit 241.50 m², welche für fünf, später für sieben Mitarbeiter genutzt werden, ist nach unserer Meinung sehr grosszügig berechnet. Hier besteht die Möglichkeit einer Optimierung und besserer Nutzung der Arbeitsfläche pro Mitarbeiter. Hier erwartet die FIKO eine Optimierung der räumlichen Situation und eine allfällige Vermietung der nicht genutzten Fläche. Auch sind die vorgesehenen Kosten für den Umbau des Erdgeschosses gemäss Kreditbegehren von Fr. 60'000 sehr hoch berechnet.

Damit die Liegenschaft weiterhin genutzt und Folgeschäden verhindert werden, stimmt die FIKO dem Kreditbegehren einstimmig zu, die FIKO erwartet jedoch, dass der Flächenbedarf auf die Anzahl der Mitarbeiter und die Kosten für den Umbau des

Erdgeschosses optimiert wird.

Palit Orun: Die Fraktion glp unterstützt die Teilsanierung des Gebäudes an der Rigistrasse 10.

Wir haben in der Fraktion auch diskutiert, ob nicht Solarzellen an der Fassade angebracht werden könnten. Doch der Gemeinderat hat auf unsere Frage folgendes geantwortet: *"Über die Montage von Photovoltaik-Modulen an der Fassade wurde gesprochen, das Vorhaben aber nicht weiterverfolgt, da der Fensteranteil hoch ist und dort, wo keine Fenster vorhanden sind (Ostfassade), die Fassade von einem Baum beschattet wird"*. Wir nehmen das so zur Kenntnis.

Zudem fragen wir uns, ob die Gemeinde, neben der Variante alle IT-Leute unter ein Dach zu bringen, für die Nutzung des Erdgeschosses an der Rigistrasse 10, auch andere Möglichkeiten in Betracht gezogen hat. Die Erdgeschossfläche von 240 m² für sieben IT-Mitarbeitenden bedeutet, dass jeder Mitarbeiter 34.5 m² Platz zur Verfügung hat – ziemlich viel für jeden Mitarbeiter. Auch könnte man bei IT-Leuten wahrscheinlich Homeoffice gut anbieten. Wurde diese Variante mit dem Homeoffice auch in Betracht gezogen?

In Bezug auf die Photovoltaikanlage auf dem Dach schreibt der Gemeinderat, dass mit dem neuen Dachaufbau alle baulichen Vorkehrungen jetzt schon getroffen sind, um die anschliessende Montage einer Photovoltaikanlage zu ermöglichen. Ob eine Realisation mit der Energie Wettingen AG angedacht ist, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Deshalb haben wir bei der Bau- und Planungsabteilung nachgefragt. Sie haben gesagt, dass sie mit der Photovoltaikanlage noch abgewartet haben, weil sie sich nicht sicher waren, ob sie mit der Energie Wettingen AG diesbezüglich ein Contracting-Deal eingehen, oder ob sie die Investitionen selbst stemmen sollten. Sie meinten, dass es mit dem momentan sehr hohen Strompreis mehr Sinn macht, wenn wir es selbst machen. Das finden wir auch.

Die Fraktion glp stimmt dem Kreditbegehren zu, aber vorerst nur unter der Bedingung, dass eine Photovoltaikanlage jetzt schon bei der Teilsanierung auf das Dach montiert wird. Anstatt, dass die Realisation einer Photovoltaikanlage anschliessend irgendeinmal erfolgt, soll es jetzt sein. Schliesslich hat die Gemeinde dies auch in ihrem Strategiepapier erwähnt. Deshalb stellt die Fraktion glp diesbezüglich einen Antrag.

Antrag

"Die BKP 6 Reserve – Unvorhergesehenes soll um Fr. 100'000 auf Fr. 190'000 erhöht werden, um damit eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu installieren. Das Kreditbegehren erhöht sich somit von Fr. 930'000 (inkl. MwSt.) um Fr. 100'000 auf Fr. 1'030'000 (inkl. MwSt.)"

Die Bau- und Planungsabteilung meinte, dass eine Photovoltaikanlage auf diesem Dach ca. Fr. 200'000, grobgeschätzt kostet. Die Fr. 190'000 unterliegen auch noch diesen +/- 15 % Schwankungsreserven. Das Geld sollte somit für eine Photovoltaikanlage reichen. Wir hoffen, dass ihr diesem Antrag zustimmen werdet.

Wassmer Christian: Die Mitte-Fraktion unterstützt die Kreditvorlage für die dringend notwendige Sanierung und den Umbau der Rigistrasse 10.

Es macht absolut Sinn, den Schulraum in der überlasteten Bezirksschule freizumachen und die IT an der Rigistrasse zu konsolidieren. Auch die freiwerdenden Flächen im Rathaus können durch die Bau- und Planungsabteilung genutzt werden. Die Umbaukosten erscheinen recht hoch und liegen oberhalb eines Jahreszinses. Wir

erwarten, dass der Umbau zweckmässig ausgeführt und auf Vergoldungen verzichtet wird.

Wir haben es von der FIKO schon gehört. 241 m² für fünf Mitarbeitende ist auch unter Berücksichtigung eines Konfektionsbereichs für die PCs sehr viel Raum. Wir wünschen, dass dies nochmals überprüft wird. Bevor es im Rathaus zu Um- und Anbauten kommt, soll auch dort der teilweise sehr grosszügige Raumbedarf pro Mitarbeitende überprüft werden. Stichwort Verwaltung 2030.

Das 40-jährige Flachdach soll saniert werden, eine extensive Begrünung erhalten und für die spätere Montage einer Photovoltaikanlage vorbereitet werden. Ja, Sie haben sich nicht verhört, so steht es in der Vorlage. Wir erachten dies als krasse Missachtung des Einwohnerrats, haben wir doch verschiedentlich den Willen bekundet, die gemeindeeigenen Dächer für Photovoltaikanlage zu nutzen. Jetzt haben wir die Chance auf dem Tisch und wollen es unter Zusatzkosten aufschieben. Nein, da machen wir nicht mit. Unsere Zustimmung zur Vorlage ist an die Bedingung geknüpft, dass die Photovoltaikanlage sofort montiert wird. Ein Schelm, der vermuten würde, dass der Gemeinderat auf den 1. Januar 2023 warten will, wenn es Fördergelder gibt. Ich erinnere an mein Votum in der letzten Sitzung als ich bemängelte, dass sechs Monate für die Erstellung eines Formulars zu lange dauert und wir einen Investitionsstau verursachen. Auch bezeichnend, dass der Chef des Energie Wettingen AG noch gar nichts wusste von diesem Dach, obwohl der Verwaltungspräsident im Gemeinderat ist. Bitte spricht miteinander und macht vorwärts.

Zum Antrag der Fraktion glp: Ich bin der Meinung, wir sollten mit der Strategie, dass die Gemeinde Dächer zur Verfügung stellt und die Energie Wettingen AG als Spezialist die Photovoltaikanlage montiert und betreibt, weiterfahren. Es macht keinen Sinn, dass die Gemeinde in Konkurrenz mit der Energie Wettingen AG tritt und noch mehr Personal bei der Bau- und Planungsabteilung benötigt wird, welche sich auch noch darum kümmern müssen. Ich bitte Sie, dort zu bleiben, wo wir sind und den Antrag abzulehnen. Meiner Meinung nach benötigen wir das zusätzliche Geld nicht.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Christian Wassmer, betreffend Bedingung zur Montage einer Photovoltaikanlage: Ist die Mitte-Fraktion mit dem Antrag, so wie er vom Gemeinderat gestellt ist, nicht einverstanden und gibt es daher einen Zusatzantrag?

Wassmer Christian: Nein, es gibt keinen Antrag. Wir vertrauen dem Gemeinderat und entscheiden nach seiner Stellungnahme über Annahme oder Ablehnung des Kreditbegehrens.

Notter Daniel: Die Pressemitteilung hatte den Titel: "Rigistrasse 10: Fit für die Zukunft". Da sollte man schon davon ausgehen, dass ein zukunftsgerichtetes Dorf, wo Klimanotstand herrscht, eine Photovoltaikanlage in ein solches Projekt aufgenommen wird. Daher kann ich, und die Grossmehrheit der SVP, das Votum von Christian Wassmer unterstützen.

Die Fraktion SVP sieht das Kreditbegehren nicht ganz rosig. Ich bezweifle auf keine Art und Weise, dass die Renovations- und Sanierungsarbeiten getätigt werden müssen. Im Gegenteil, wir stellen uns die Frage, wie es überhaupt so weit kommen konnte. Bei der Vorbereitung zu diesem Geschäft sind einige Fragen aufgetaucht:

- 2018 wurde die Liegenschaft Rigistrasse 10 für 2.28 Mio. Franken erworben. Bereits vier Jahre später müssen wir Fr. 930'000 investieren. Das entspricht 36 % der Kaufsumme. Da fragt man sich, ob vielleicht die Katze im Sack gekauft wurde.
- Wir zahlen eine Zustandsanalyse, obwohl nicht alle Räume begutachtet werden konnten. Ist das tatsächlich eine komplette Zustandsanalyse?

- Wir investieren in einen Innenausbau, ohne dass eine Offerte vorliegt und ohne tatsächliches Wissen, was mit den Räumlichkeiten geschehen wird. Wir beabsichtigen zwar, die IT dorthin zu verlagern, aber heute ist das noch nicht bestimmt. 240 m² für sieben Personen ist sehr luxuriös, vor allem in der heutigen Zeit wo von Desk Sharing, Homeoffice etc. die Rede ist. Die Frage zur Arbeitsplatzquote stelle ich nicht mehr.
- Wir beschaffen eine Liegenschaft, welche marod ist. Wir übernehmen eine Mieterschaft (Spitex), welche nach kurzer Zeit die Räumlichkeit verlässt. Langfristige Mietverhältnisse sind also nicht bestehend. Offenbar ist die Liegenschaft nicht marktfähig, weil die Räumlichkeit auch nicht weitervermietet werden können.

Sie sehen, es entsteht der Eindruck, dass man schlecht beraten wurde. Ich kann euch aber beruhigen, diese Woche hatte ich ein klärendes Gespräch mit Roland Kuster. Danke, dass er sich dafür Zeit genommen hat. Auch ein Dankeschön an Martin Egloff, der mir einige Fragen beantworten konnte.

Ich glaube, wenn wir die Preise in Wettingen beobachten, jede Woche hat eine Liegenschaft mehr Wert, kann man sagen, dass der Kauf der Liegenschaft Rigistrasse 10 inzwischen ein Schnäppchen war. Wenn wir das heute Veräussern würden, wäre es wohl teurer als die 2.28 Mio. Franken. Vielleicht hat Roland Kuster zusammen mit Urs Heimgarter sehr gut und vorausschauend gehandelt.

In dieser Vorlage haben wir Reserven von Fr. 90'000 und zusätzlich 15 % Schwankungsspielraum. Zusammen macht das Fr. 229'500. Wir geben dem Gemeinderat viele Reserven mit. Interessant ist hier zu erwähnen, dass Martin Egloff, als er ein Mitglied des Einwohnerrats war, bei jeder Gelegenheit diese Reserven herausgestrichen und begründet hat, weshalb es diese nicht braucht, jetzt aber offenbar anders denkt. Ich bin gespannt auf seine Argumentation. Die SVP wird dem Kredit mehrheitlich zustimmen aber ein überzeugtes "Ja" ist es nicht.

Gähler Judith: Das vorliegende Kreditbegehren ist nun bereits das erste Geschäft aus der neuen Immobilienstrategie der Gemeinde. Wer kürzlich an der Rigistrasse 10 vorbeispaziert ist, dürfte die Absperrgitter rund um das Gebäude bemerkt haben. Eine Sanierung der Fassade ist zwingend nötig. Die Sanierung beinhaltet auch eine Erneuerung des Dachs mit extensiver Begrünung und einen Umbau des Erdgeschosses für die IT-Fachleute der Gemeinde. Dass leerstehende Räume der Gemeinde umgenutzt werden, um andere belastete Gebäude, in diesem Fall die Bezirksschule, zu entlasten macht unseres Erachtens Sinn.

Zum Antrag der Fraktion glp: Bei den Abklärungen wurde bereits festgestellt, dass der Gemeinderat dran ist. Es wird alles in die Wege geleitet, dass eine Photovoltaikanlage montiert werden kann. Wir sehen keine Dringlichkeit den Kredit zu erhöhen.

Savic Ema: Wir aus der Fraktion SP/ WettiGrünen sind uns einig, dem Kreditbegehren für die Sanierung zuzustimmen. Das Gebäude an der Rigistrasse 10 muss verjüngt werden. Das habe ich mir gerade gestern wieder gedacht, als ich in der Musikschule einen Blick aus dem Fenster geworfen habe. Zum Glück liegt eine Strasse dazwischen. Und es sollte, ganz im Namen der Partei, auch grüner werden. Wir als Fraktion erwarten natürlich auch, dass das Dach, wie dies unter den im Bericht aufgezählten Massnahmen steht, zukünftig mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet wird und dies möglichst bald. Energie Wettingen, die für die Gemeinde die Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden realisiert, sollte dies umgehend in ihre Planungen aufnehmen.

Wir begrüßen auch die Nutzung des Raumes für die IT der Bezirksschule. Das neue ICT-Konzept kommt mit einer grossen Anzahl an neuen Geräten, die ihren Platz beanspruchen werden, weswegen der Raum gerechtfertigt ist.

Noch einen Hinweis: Bei zukünftigen Planungen von neuen Schulgebäuden soll man darauf achten, wo man die Informatik der Schule platziert, sodass der Schulkomplex möglichst an einem Ort lokalisiert und zentralisiert bleibt. Mit guter Planung von neuen Schulgebäuden wird der Bedarf von der Informatik idealerweise miteinander berechnet, sodass in Zukunft der Raum nicht dezentral ist. Aber wie gesagt, dies nur als Hinweis. Für den Moment ist das Outsourcing an die Rigistrasse eine schlaue Lösung, gegen die wir nichts einzuwenden haben.

Baumann Jürg: Viel wurde nun über die Photovoltaikanlage diskutiert. Im Bericht sind Fotos enthalten, welche Brüstungshöhen von über einem Meter zeigen. Dort macht eine Photovoltaikanlage wenig Sinn, dafür hat es eine grosse Dachfläche, wo eine Anlage klar Sinn macht. Ich möchte dem Gemeinderat (resp. der Bau- und Planungsabteilung) mitgeben, bei jeweiligen Bauvorhaben die Abklärungen für Photovoltaikanlagen vor der Einwohnerratssitzung vorzunehmen. Fragen wie: "Ist es überhaupt möglich?", "Rentiert eine Photovoltaikanlage?", wären dann bereits geklärt. Wenn das vorgängig abgeklärt werden würde, dann könnten solche Diskussionen im Rat gespart werden.

Egloff Martin: Vorab zum Votum von Jürg Baumann: Selbstverständlich hat man das Dach von der Energie Wettingen AG verifizieren lassen und als geeignet bestimmt.

Es handelt sich hier um eine Win-Win-Win-Situation:

1. Die Sanierung dieses Gebäudes ist absolut notwendig, denn die Platten an der Aussenfassade drohen herunterzufallen.
2. Mit der Zusammenlegung der IT, können Räume aus der Bezirksschule freigemacht werden.
3. Mit der Zusammenlegung der IT, werden im Rathaus ebenfalls Räume frei, welche für die zwei beantragten Stellen für die Bau- und Planungsabteilung benötigt werden.

Im Bericht ist erwähnt, dass eine Vorbereitung für eine Photovoltaikanlage vorgenommen wird. Das Förderprogramm greift ab 1. Januar 2023 und wir möchten gerne, dass diese Anlage von diesem Programm profitieren kann, weshalb sie auch erst dann beantragt wird.

Eine Abtrennung dieser 240 m² wird gerne in Betracht gezogen. Ein Umbau ist organisatorisch jedoch sehr teuer und muss angeschaut werden. Wenn das möglich wäre und es sich finanziell rechnet, kann man das durchaus machen.

Die Voten betreffend Biodiversität nehme ich gerne entgegen. Schauen wir, dass wir ein Substrat mit einheimischen Pflanzen wählen. Danke für diesen guten Hinweis.

Ich bitte Sie, den Antrag der Fraktion glp abzulehnen und unserem Antrag zuzustimmen.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Wir machen eine kurze Pause, damit sich die Fraktionen besprechen können.

Wassmer Christian: Wir konnten vorher das laue Bekenntnis des Gemeinderats hören. Ich möchte es nochmals versuchen: Am Mittwoch vor einer Woche sprach ich mit dem Geschäftsführer der Energie Wettingen AG, Guido Hüni. Er hatte bis dato keine Kenntnis über dieses Dach. Irritierende Aussagen werden heute gemacht, wie z. B., dass die Gemeinde selbst eine Anlage bauen will. Ich möchte gerne von Vizeammann Markus Maibach eine klare Aussage. Ist die Energie Wettingen AG Ersteller und Betreiber der Photovoltaikanlage? Ist das so geplant und können wir davon ausgehen und vertrauen haben, dass das so rasch als möglich umgesetzt wird?

Maibach Markus, Vizeammann: Die Photovoltaik soll in Zusammenarbeit zwischen Einwohnergemeinde und EW AG gebaut werden. Das Contracting-Modell ist angedacht und schlussendlich soll von den Fördergeldern profitiert werden.

Im Contracting-Vertrag zwischen der Gemeinde und der Energie Wettingen AG werden die Konditionen ausgehandelt. Dabei soll ein transparenter und fairer Deal entstehen. Es braucht keine Aufstockung des Kredits, weil die Energie Wettingen AG das Investitionsrisiko übernimmt und entsprechende Konditionen zusammen festgelegt werden.

Es verwundert mich, dass Guido Hüni das Dach nicht kennen sollte, denn wir haben es verifizieren lassen und es ist geklärt, die Energie Wettingen AG ist bereit das Contracting-Modell zu übernehmen.

Es verwundert mich, dass Guido Hüni das Dach nicht kennen sollte, denn wir haben es verifizieren lassen und es ist geklärt, die Energie Wettingen AG ist bereit das Contracting-Modell zu übernehmen.

Scherer Kleiner Leo: Angesichts der Worte möchte ich die Fraktion glp darum bitten, ihren Antrag zurückzuziehen. Unter Protest möchte ich im Protokoll festgehalten haben, dass es sich um eine Trickökonomie handelt, wenn man etwas, was abgeklärt wahrscheinlich Fr. 200'000 kostet, mit Fr. 100'000 zu finanzieren versucht. Ich bitte, solche Tricks zu unterlassen.

Ernst Manuela: Wir haben in der BKP 6 Reserve Fr.90'000 drin. In der Kostenschätzung hat es +/- 15 % Schwankungsreserven. Es ist nicht klar, wieso eine Reserve einen so hohen Betrag benötigt und eine Pinselsanierung so teuer kommt. Darum haben wir Fr. 100'000 angesetzt, welche auch von +/- 15 % Schwankungsreserven profitieren. Schlussendlich wären es dann Fr. 210'000.

Scherer Kleiner Leo: Man hat Fr. 90'000 eingesetzt für Unvorhergesehenes. Man kann doch nicht diese Fr. 90'000 einfach der Photovoltaikanlage zuschieben. Sonst benötigt es die Fr. 90'000 gar nicht in diesem Umfang. Wenn diese Fr. 90'000 nicht für Unvorhergesehenes eingesetzt werden, dann müsste ein Kürzungsantrag gestellt werden. Wir müssen doch davon ausgehen, dass die Fr. 90'000 benötigt werden. Wenn man nun etwas dazu machen möchte, muss die ganze Finanzierung dieses Zusatzes beantragt werden. Alles andere ist unseriös.

Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgende Beschlüsse:

Der Antrag der Fraktion glp um Erhöhung der BKP 6 Reserve – Unvorhergesehenes, um Fr. 100'000 auf Fr. 190'000, um damit eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu installieren, wird abgelehnt.

Das Kreditbegehren von Fr. 930'000.00 (inkl. MwSt.) zur Erneuerung der Gebäudehülle und den Umbau des Erdgeschosses an der Rigistrasse 10 wird grossmehrheitlich angenommen.

11 Motion Notter Daniel, Huser Michaela, Fricker Martin und Baumann Jürg, alle SVP, vom 12. November 2020 betreffend Anhörung und Mitwirkung Limmattalbahn; Ablehnung (2020-2368)

Huser Michaela: Es ist bereits eine Zeit lang her, seit wir diesen Vorstoss einreichten. Im November 2020 habe ich diesen gemeinsam mit drei Fraktionskollegen eingereicht. 22 Monate später teilt uns der Gemeinderat nun mit, dass er ihn ablehnen möchte.

Das Thema Limmattalbahn und die damit einhergehende Richtplananpassung war in den letzten 22 Monaten sehr präsent, es kann also definitiv nicht gesagt werden, es sei nicht präsent gewesen. Es gibt wenig andere Themen, welche regional so kontrovers diskutiert wurden. Ganz ehrlich, mir ist kein weiteres bekannt, welches eine ähnliche Tragweite für unsere Region und Wettingen hat.

Wir fragen uns, wieso der Gemeinderat unseren Vorstoss zwei Jahre liegen liess und würden dazu gerne seine Stellungnahme hören. Wieso wird das Anliegen erst jetzt aufgenommen, währenddem ein späteres Traktandum dieser Sitzung umgesetzt wird, bevor es im Einwohnerrat beraten wurde, also, bevor es angenommen wurde. Weder zu früh noch zu spät, wie jetzt in diesem Fall, ist für den politischen Prozess zielführend und schadet vor allem dem Vertrauen des Volks zu den politischen Behörden.

Es ist toll, hat der Gemeinderat jetzt ein Paradigmenwechsel in vielen anderen Themen vorgenommen und möchte dem Einwohnerrat vermehrt Geschäfte zur Kenntnis vorlegen. Ausser halt eben bei der Limmattalbahn, dort drängt sich halt die Frage auf, wieso der Dialog nicht aufgenommen werden möchte. Hat man Angst vor dieser Diskussion?

Jetzt stehen wir zwei Jahre später hier. Kantonal und regional ist einiges passiert. So gibt es unterdessen auch diverse Gremien und Partizipationsmassnahmen, wie verschiedene Vertreter im Rahmen von diesem grossen und überregionalen Vorhaben eingebunden werden. Das alles ist gut und recht, und wir begrüssen diese Entwicklung zur regionalen Abstimmung. Ein cleverer Schachzug des Kantons. Schade, machen wir es nicht gleich, denn die Gremien ersetzen keine Meinungsbildung in Wettingen. Wie sollen denn die Vertreter in diesen Gremien, oft der Gemeindeammann selbst, wissen, wo und wo nicht er eine Mehrheit der Wettinger Bevölkerung hinter sich wissen kann und wo die rote Linie der Bevölkerung steht? Nur im Wissen dessen, können sich die Vertreter mit bestem Wissen und Gewissen für Wettingen einsetzen.

Wie dieses Sounding passieren soll, haben wir dem Gemeinderat freie Hand gelassen. Ob wir uns einfach an einer Einwohnerratssitzung eine halbe Stunde für Fraktionsaussprachen Zeit genommen oder eine repräsentative Befragung in der Bevölkerung gestartet hätten, das haben wir dem Gemeinderat überlassen.

In diesem Sinne sind wir noch mehr erstaunt, dass sich der Gemeinderat gegen einen Dialog zu diesem wichtigen Thema wehrt. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass ein solcher Dialog die konstruktive Basis ist für ein solches Milliardenvorhaben ist und halten an unserer Motion fest. Da es ein Auftrag an den Gemeinderat ist, ein offen formulierter Auftrag, welcher dem Gemeinderat gewissen Handlungsspielraum lässt. Eine Umwandlung in ein Postulat macht keinen Sinn, da ein Postulat ein Prüfungsauftrag ist. Der Gemeinderat hatte jetzt zwei Jahre Zeit zur Prüfung und kam zum Schluss, dass er keine Notwendigkeit sieht, die Wettinger Bevölkerung abzuholen. Jetzt hoffen wir, dass sie auf den Einwohnerrat zählen können, er offen ist den Dialog rund um das für Wettingen sehr wichtige Projekt aufzunehmen.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Die Motionäre halten an der

Motion fest, damit ist die Diskussion eröffnet.

Gründisch Julien: Die Limmattalbahn ist eingebunden im regionalen Gesamtverkehrskonzept Ostaargau und man muss dieses Thema also auch im entsprechenden Kontext diskutieren. Das Gesamtverkehrskonzept wiederum liegt grundsätzlich in der Hoheit des Kantons.

Darum hätte es wenig Sinn, in Wettingen eine konsultative Abstimmung im Einwohnerrat oder eine repräsentative Befragung der Bevölkerung durchzuführen, da das Resultat gar keinen direkten Einfluss auf den politischen Prozess nehmen würde. Für diesen gibt es partizipative Instrumente, wie z. B. die Verkehrskonferenz, die im Rahmen des Gesamtverkehrskonzept Raum Baden und Umgebung nächste Woche in Baden stattfindet. Wettingen wird dort von 26 Personen aus Parteien, Vereinen und der Bevölkerung vertreten sein.

Das Verkehrsaufkommen, vor allem die dauernde Verkehrsüberlastung ist ein komplexes überregionales Problem, das nur überregional gelöst werden kann. Es wäre bequem, wenn es mit einer Diskussion um die Limmattalbahn getan wäre, aber so einfach ist es nicht. Nutzen wir also die bestehenden Möglichkeiten mitzuwirken, gerade auch als Volksvertreter, mit Blick auf Wettingen, aber eben auch auf die grösseren Zusammenhänge.

Aufgrund dieser Überlegungen lehnt die Fraktion SP/WettiGrünen diese Motion ab.

Hiller Yvonne: Zwei Jahre ist es her und es gilt offenbar immer noch das Motto Aussitzen. Lieber Gemeinderat, das ist das Gegenteil von *parlare*. Wie ihr wisst, Schweigen ist nicht unsere Strategie. Es geht um sehr viele Steuergelder. Es geht um Fortbewegungsprioritäten im nächsten Jahrhundert in unserer Gemeinde.

Während wir nicht sicher sind, ob die LTB in Wettingen bezüglich Preis und Leistung die beste Lösung für die Zukunft ist, sind wir sehr sicher, dass die Linienführung dringend überdacht werden muss. Unser Knotenpunkt, der Bahnhof Wettingen, wird in den aktuellen Plänen nicht von der Limmattalbahn bedient. Die LTB würde den neuen zukünftigen Bahnhof im Tägerhard, mit der S6-Haltestelle, bedienen. Der Zubringer innerhalb der Gemeinde konzentriert sich also künftig auf die S6-Linie. Der Rest der Limmattalbahn würde als Zubringer nach Baden dienen, welche als Schnellzughaltestelle noch mehr gestärkt würde. Was heisst das für unsere Gemeinde? Wettingen wäre in Zukunft mehr an die S6-Linie als ans Limmattal angebunden, das bedeutet, dass wir auf die S6-Linie degradiert werden. Dann dauert pendeln nach Zürich neu fortschrittlich 35 Minuten, statt jetzt 15 - 25 Minuten auf der S12-/S19-Linie durchs Limmattal. Das, meine Damen und Herren, ist eine Degradierung des Wettinger Bahnhofs. Wir bezahlen das mit unseren Geldern. Wir möchten aber, dass der Bahnhof Wettingen gestärkt und nicht geschwächt wird. Wenn eine Limmattalbahn, dann muss diese, aus unserer Sicht, mit der Linienführung am Bahnhof Wettingen vorbei.

Neuenhof hat früh interveniert und siehe da, die Linienführung wurde geändert. Für uns durch das Erdbeerfeld, statt durch unseren Knotenpunkt. Wir repräsentieren die grösste Gemeinde in diesem Setting, haben den Kronenplatz bei Baden Regio und trotzdem sitzen wir das aus und lassen uns öV-technisch degradieren und von der Schnellstrecke auf die Langsamstrecke anbinden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen und Steuerzahlende, muss man sich zuerst einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Einmal mehr, was ist nachhaltiger Verkehr in Wettingen in 20 - 30 Jahren? Es ist ein Rätsel. Die Linienführung müsste dann weiter durch die Landstrasse statt durch die Zentralstrasse, damit sie die Einkaufsmeile direkt bedienen kann, habe ich mir sagen lassen. Kauft denn jemand in 30 Jahren noch in Läden ein oder bestellt man sich eher alles online nach Hause? Auch falls das Verhalten bleiben würde: der grosse Coop ist nicht an der Landstrasse. Für uns geht es nicht auf, egal, wie man es dreht.

Die Gelegenheit muss genutzt werden, um Einfluss zu nehmen und Transparenz zu schaffen. Uns stehen inzwischen die Haare zu Berge, dass der Gemeinderat diesen Aspekt immer noch ignoriert.

Ich wiederhole, nicht nur um den Steuergeldern Sorge zu tragen, bitten wir um eine klare Orchestrierung, um mehr Involviertheit und keine Aussitztaktik.

Bei der Bauetappierung gegen die Landstrasse sagten wir, dass daran festzuhalten wohl nicht zu grossen Sprüngen verhelfen würde, daher akzeptieren wir die Abschreibung und erwarten in näherer Zeit klare Signale. Jetzt haben wir das nächste Signal auf dem Tisch, dem wiederum, nur eine Sitzung später, mit Ignoranz begegnet wird.

Dieses Mal sagen wir, dass wir uns so nicht abspeisen lassen. Wir sind nicht da, um ins Leere zu reden. Wir möchten in Zukunft keine 35 Minuten zum Pendeln brauchen und dabei noch den Zubringer, welcher unseren Anschluss ins Grab bringt, auch noch durch unsere Gemeindefinanzen bezahlen. Wir möchten die Debatte führen können. Wir sind für eine Überweisung, für eine Debatte im Rat, wenn auch nicht zwingend für eine Abfrage der Bevölkerung. Das ist vielleicht aufgrund der Komplexität weniger zielbringend. Der Gemeinderat hat jetzt die Chance, die Motion als Postulat entgegenzunehmen und die Debatte so zu steuern.

Rüfenacht Lara: Die Mitsprache der Bevölkerung, wie sie die Fraktion SVP in dieser Motion fordert, ist aus unserer Sicht mit der Mobilitätskonferenz und der Möglichkeit seine Meinung via Onlinetool kundzugeben, unterdessen gewährleistet. Es ist unsere Aufgabe als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte auf die Fragen der Bevölkerung einzugehen, sie aufzunehmen, zu vertreten und ihnen vor allem den Planungsprozess der LTB zu erklären. Ich bin überzeugt, wenn man die Bevölkerung aufklärt und sie anhört, viel Unmut beseitigt werden kann, welcher aufgrund von Unwissen entstanden ist. Gleichzeitig fordern wir vom Gemeinderat, dass gut kommuniziert und die Bevölkerung informiert wird. Die Mitte-Fraktion lehnt die Motion der Fraktion SVP ab, wünscht sich aber vom Gemeinderat im weiteren Vorgehen transparente Kommunikation und Information.

Scherer Sylvia: Ich vernahm, dass das Gesamtverkehrskonzept gemacht wird und am 24. September 2022 bereits die nächste Sitzung stattfindet, aber es handelt sich hier um ein sehr grosses Gremium. Hier im Saal reden wir von der Wettinger Bevölkerung und ich bin der Meinung, dass die Wettinger Bevölkerung wissen darf, wen sie in den Rat gewählt haben und wie diese Personen zur LTB stehen.

Dass wir nichts machen können und der Kanton entscheiden würde, bin ich anderer Meinung. Wir sind sogar in der Pflicht die Wettinger Bürger aufzuklären, dass sie klar etwas unternehmen können. Sie können Vorstösse machen und sich wehren. Es ist nicht so, dass wir das Thema mit einem Kopfnicken entgegennehmen müssen. Wir sind in der Pflicht, Farbe zu bekennen und bekennen euch für oder gegen die LTB. Eure Wähler haben das Recht, eure/unsere Meinung zu wissen und auch die des Gemeinderats. Ich weiss nicht, warum man Angst davor hat, sich zu bekennen. Es ist unser Auftrag, unsere Wähler zu vertreten.

Scherer Kleiner Leo: Es ist richtig, eine Motion ist ein verbindlicher Auftrag an den Gemeinderat. Aber die Reglemente müssen auch richtig verstanden werden. Es steht: "[...] zu Gegenständen, die in der Kompetenz des Einwohnerrates oder der Gesamtheit der Stimmberechtigten sind."

Es tut mir leid, aber eine Umfrage über etwas zu machen, was nicht in der Kompetenz des Einwohnerrats oder der Stimmberechtigten ist, macht keinen Sinn. Es liegt höchstens in der Kompetenz des Gemeinderats und wenn er nichts machen will, dann will er halt nicht.

Es geht aber noch weiter. Wir leben in Wettingen, wir sind eine teilautonome Körperschaft. Es gibt aber noch den Bund und den Kanton. Der Bund hat eine Eisenbahngesetzgebung und diese hat ein gewisses Verfahren und der Kanton hat Verkehrsplanungen. Wenn es um ein schienengebundenes Verkehrsmittel geht, ist es keine Sache der Gemeinde Wettingen, sondern Sache des Kantons.

Es ist nicht so, dass die Wettinger Stimmberechtigten eine Entscheidungsgewalt in diesem Thema hätten. Das wird aber mit solchen Vorstössen vorgegaukelt. Gegen den Willen der Wettinger Mehrheit, kann es sein, dass ein schienengebundenes Transportmittel gebaut wird. Wir waren auch nicht alle mit den Atomkraftwerken oder Nationalstrassen einverstanden und diese wurden trotzdem gebaut. So funktioniert das in einem komplexen Staatsgebilde und bitte nehmt dies so zur Kenntnis.

Ich möchte ankünden, falls diese Motion angenommen würde, werde ich sie anfechten, weil sie nicht zulässig ist.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Es ist nicht das erste Mal, dass ich zu diesem Thema in diesem Saal etwas sage. Wenn man dem Gemeinderat vorwirft, die Frage sei nicht beantwortet, muss ich sagen, dass wohl eher nicht gehört werden will, was der Gemeinderat zu sagen hat. Ich bitte euch, seid ehrlich. Das, was Leo Scherer Kleiner vorher sagte, muss ich jetzt nicht wiederholen.

Die Personen, welche auch im Grossrat sitzen, wissen ganz genau, wie diese Planungsverfahren laufen und wer schlussendlich etwas zu sagen hat. Das ist am Schluss ein Thema, welches im Grossrat festgesetzt wird.

Selbstverständlich gibt es die Variante, dass man ein Referendum ergreifen kann. Im Kanton Zürich war das sogar zweimal der Fall. Das ist das Recht, welches eingesetzt werden kann.

Ich bitte die Presse, zu kommunizieren, dass dieser Rat den kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) genehmigte. Dort drin steht die Aussage zur LTB. Im Weiteren haben wir im REL auch eine Aussage gemacht. Es ist klar, wie der Gemeinderat zum Thema LTB steht. Wir sind nicht alleinbestimmend, sondern in einem Konzert von verschiedenen Akteuren. Es ist ein kantonales Konzept und es ist ein Verdienst von Baden Regio, welche dem Kanton mitteilte, dass es so nicht geht und dass er mit der Bevölkerung in einen anderen Dialog treten muss. Daraus resultierte die Mobilitätskonferenz. Alle Gemeindeammänner des Projektperimeters gaben dem Kanton den Auftrag, eine E-Partizipation vorzunehmen. Das ist auch in der Beantwortung der Motion aufgeführt.

Nun höre ich von der Motionärin, dass es nicht bindend sei, und dass der Gemeinderat machen könne, was er möchte. Es steht aber klar in der Motion, dass der Gemeinderat eine konsultative Abstimmung oder eine repräsentative Befragung vornehmen muss. Entschuldigung, motionstechnisch geht das nicht. Aus diesem Grund beantragen wir die Ablehnung dieser Motion.

Ich hoffe, dass die Vertreter aus den Parteien und Fraktionen an dieser Mobilitätskonferenz aktiv einbringen. Dort sind auch Interessengemeinschaften vertreten und wir haben eine breite Auswahl von allen möglichen Institutionen, welche sich aktiv äussern können.

Notter Daniel: Zum Ablauf: vor zwei Jahren haben wir diese Motion eingereicht. Zur Beruhigung, damals habe ich das abklären lassen. Ich habe kein Problem damit, wenn die Motion angefochten wird, denn es kann nicht mehr wie Nichts passieren. Es ist bis jetzt auch nichts passiert.

Wieso gibt es diese Mobilitätskonferenz: Roland Kuster sagte, die gäbe es dank ihm und Baden Regio. Ich habe da andere Informationen. Es gibt eine Interessensgemeinschaft "Oase – so nicht" aus Obersiggenthal. Die waren sehr stark und diente, gemäss meinen Infos, als Hauptantrieb.

Apropos Obersiggenthal: Dort gibt es eine IG, in der sämtliche Parteien vertreten sind und welche in den letzten zwei Jahren zwei öffentliche Veranstaltungen für die Bevölkerung organisierten. Neuenhof redet auch darüber. In Wettingen hingegen, gab es keine Veranstaltung und wenn ich auf der Webseite der Gemeinde Wettingen nach Limmattalbahn suche, finde ich nichts. Neuenhof hat ein schönes Kapitel, welches ausführlich darüber berichtet und in Obersiggenthal stehen sehr viele Informationen darüber. Ich frage mich, welcher Hut an dieser Mobilitätskonferenz getragen wird. Roland Kuster ist sehr transparent, er steht zur LTB. Es geht uns auch nicht darum, die LTB zu versenken, wir möchten lediglich darüber reden.

Im Traktandenbericht steht ein Link zur Vernehmlassungsantwort. Dieser Link führt euch zur Kurzversion, es gibt aber noch eine lange Version. Interessanterweise ist in der Langversion festzustellen, dass die Antwort des Gemeinderats deckungsgleich mit der der CVP Wettingen (heute Die Mitte) ist. Offenbar hat der Gesamtgemeinderat mit der CVP dieselbe Antwort eingereicht. Dieses ist wohlwollend, was kein Problem ist, aber trotzdem möchten wir gerne über dieses Jahrhundertprojekt sprechen können.

Bei dieser Mobilitätskonferenz kommen 200 Personen zusammen, mit 200 verschiedenen Meinungen. Welche Meinung vertreten dann die Vertreter von Wettingen und was ist die offizielle Meinung Wettingens? Alles, was meine Fraktion möchte, ist, dass darüber diskutiert wird. Man kann uns ein Formfehler vorwerfen, damit habe ich keine Probleme, aber wenn es dem Gemeinderat ernst gewesen wäre, dann hätte er sich an uns gewandt und mitgeteilt, dass ein rechtliches Problem mit dieser Motion besteht. Wenn der Gemeinderat die Motion ernst genommen hätte, dann hätte er sie in ein Postulat umgewandelt. Aber es besteht kein Interesse. Das ist enttäuschend.

Ich bin Grossrat, ich bin auch in der behandelnden Kommission. Ich werde immer wieder von Kolleginnen und Kollegen gefragt, was denn die Meinung von Wettingen ist. Wird Wettingen-Ost weiterentwickelt oder nicht? Ich wäre sehr froh, wenn ich die offizielle Sicht Wettingens als Grossrat vertreten könnte, aber ich weiss teilweise wirklich nicht, was ich sagen soll.

Wenn Sie dieser Motion zustimmen, wird nicht viel passieren. Es ist auch nicht richtig, dass wir beides (konsultative Abstimmung und repräsentative Umfrage) wollen, denn es steht und/oder. Wir wollen einen klaren Auftrag, dass der Gemeinderat die Gespräche mit der Bevölkerung aufnimmt. Es ist blauäugig zu denken, dass 200 Personen an einer Mobilitätskonferenz um das Wohl Wettingens bemüht sind. 13 % dieser 200 Personen vertreten Wettingen und nicht mal die sind sich einig. Wenn wir diese Motion heute versenken, ist das ein Nährboden für neue IGs. Eine IG entsteht nämlich dann, wenn eine Interessensgruppe sich von der Politik nicht vertreten fühlt. Ich bitte Sie, in

Anbetracht an bevorstehende Wahlen, dieser Motion eine Chance zu geben.

Scherer Kleiner Leo: Sehr selten bin ich mit der SVP gleicher Meinung. Bei einem Punkt hingegen bin ich es: Es ist überhaupt nicht in der Ordnung, dass eine Motion zwei Jahre liegen bleibt. Wir haben Reglemente, welche klare Verfahrensfristen vorgeben. Das darf nicht mehr vorkommen. Das ist eine klare Aufforderung an den Gemeinderat, saubere und zeitgerechte Verarbeitungen von Vorstössen vorzunehmen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- : 12 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Motion Notter Daniel, Huser Michaela, Fricker Martin und Baumann Jürg, alle SVP, vom 12. November 2020 betreffend Anhörung und Mitwirkung Limmattalbahn wird abgelehnt.

12 Postulat Gähler Judith, FDP, vom 10. März 2022 betreffend generationenübergreifende Spielplätze in Wettingen; Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung (2022-0393)

Gähler Judith: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats. Die gleichzeitige Abschreibung kann ich nur schwer nachvollziehen. Zum einen, weil der Prozess doch einige Fragen aufwirft und die inhaltliche Prüfung, nicht wie beauftragt, umgesetzt wurde.

Laut der Vision des Gemeinderats hat Wettingen drei Leuchttürme: Gartenstadt, Generationenstadt, Sportstadt. Eine gesamtheitliche Prüfung des Postulats wäre ein Steilpass gewesen, die drei Leuchttürme gemeinsam zum Strahlen zu bringen. Wie die Abhandlung des Postulats zeigt, sind das aber wohl mehr leere Hülzen, als dass man die Begriffe mit Leben füllen möchte.

Ich kann nachvollziehen, dass viele verschiedene Vorstösse von Einwohnerrat eingegeben werden und dass deren Prüfung viel Zeit beansprucht. Trotzdem sollten sie als Input für ein gemeinsames Wettingen aufgenommen und seriös abgehandelt werden. Allen Erklärungen zum Trotz, war dies beim vorliegenden Postulat einfach nicht der Fall. Spielplätze mit Outdoorfitnessgeräten war nie die Idee des Postulats. Nur schon das zeigt, dass wenig Wille da war die Idee wirklich zu verfolgen oder diese nicht verstanden wurde.

Zeitdruck, Unlust oder was auch immer. Es muss ein Umdenken beim Gemeinderat und der Verwaltung stattfinden. Vorstösse sollten gesamtheitlich geprüft werden und nicht nur einem Ressort zugewiesen werden. Ein moderner Service Public halt. Ein gesamtheitlicher Blick hätte dann vielleicht auch ein anderes Ergebnis ergeben. Vor allem, wenn man bedenkt, dass exakt vor einer Woche in diesem Saal ein Anlass stattgefunden hat, zum Thema Hitzeangepasste und begegnungsfreundliche Siedlungs- und Freiraumentwicklung - wie gelingt das in Wettingen, zu dem der Gemeinderat eingeladen hat.

An diesem Anlass wurde dann unter anderem auch über generationenübergreifende Begegnungsräume in Städten und grünen Spielplätzen referiert und welche Wichtigkeit diese in Zukunft haben werden.

Gerne verweise ich in diesem Sinne auch auf die Stiftung Hopp-La, die sich auf die Fahne

geschrieben hat, Generationen in Bewegung zu bringen und das darum, weil sich das Bewegungsverhalten von Kindern im Vorschulalter dem Bewegungsverhalten von älter werdenden Menschen ab 60 ähnelt.

Die Stiftung Hopp-La schreibt auch, dass die Umgestaltung von Spielplätzen zu Begegnungsräumen für alle Generationen im Trend liege und bestätigt damit die Aussage der Referentinnen und Referenten der letzten Woche. Das sind komplett andere Aussagen, als jene die der Gemeinderat in der Beantwortung macht. Der Artikel, auf dem die Hauptargumentation des Gemeinderats beruht, ist genau so alt wie die Stiftung Hopp-La selbst. Acht Jahre, um genau zu sein. Während diesen acht Jahren wurden in 35 Gemeinden Generationenprojekte entwickelt und erfolgreich umgesetzt. Wettingen hätte die 36. sein können.

Eine Zusammenarbeit mit Stiftungen wie Hopp-La zu suchen, habe ich in meinem Postulat angeregt. Das ist leider nicht passiert. Der Gemeinderat hält widersprüchlicherweise daran fest, dass die Aussagen aus der Beantwortung immer noch aktuell seien. Seine Meinung scheint in Stein gemeisselt zu sein. Nichtsdestotrotz sehe ich davon ab, einen Antrag auf Nicht-Abschreibung des Postulats zu stellen. Es scheint unter einem schlechten Stern zu stehen. Man will und kann keinen Fehler eingestehen. Schade eigentlich, denn es hätte wie anfangs erwähnt dem Stern an der Limmat zu etwas mehr Glanz verholfen und das in Zeiten von Energieknappheit. Eine weitere verpasste Chance, leider.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Herzlichen Dank für den Hinweis zur fehlenden Quellenangabe, was auch in der Zeitung gross ausgeführt wurde. Das ist bei uns leider untergegangen. Für zukünftige Beantwortungen sind wir jetzt sensibilisiert und werden die Quellenangabe sicher berücksichtigen.

Gerne möchte ich jetzt noch die Möglichkeit nutzen, ein paar Zusatzinformationen über unsere schon bestehenden 17 Spielplätze zu geben: Seit 2019 publiziert die Gemeinde Wettingen eine Spielplatzkarte auf ihrer Webseite. Im Büro der Fachstelle Gesellschaft, wie auch in der Kanzlei sind die Karten als Flyer kostenlos zum Mitnehmen erhältlich. Die Spielplätze sind detailliert erklärt und man sieht, wo sie in Wettingen sind.

Dem Gemeinderat ist es sehr bewusst, dass der Nutzungsdruck auf die öffentlichen Freiräume mit der Verdichtung immer mehr zunimmt. Aus diesen Gründen geht der Gemeinderat auch sehr sensibel mit der Gestaltung im freizugänglichen Raum um. So werden die Wettinger Spielplätze bei Sanierungen oder Neuerstellungen automatisch immer naturnaher und bestehen nicht mehr nur, wie früher, aus einer Schaukel oder einer Rutschbahn. Die Gestaltung wird somit über Jahre zeitgemässer und generationenverbindender und es entstehen grüne Orte im Freiraum für alle. Aktuelles Beispiel ist die Sanierung und Umgestaltung beim Spielplatz Mattenstrasse in Zusammenarbeit mit der Firma RADIX (www.naturnahspielen.ch), der Konzeptpartnerin Stiftung Naturama und der Roger Federer Foundation. Auch der Spielplatz beim Schulhaus Sulperg wurde in diesem Jahr bereits ergänzt mit natürlichen, naturnahen Spielelementen und Balancegeräten, wie auch Fitnessgeräten. Die Spielgeräte sind so konstruiert, dass sie sowohl von Kindern und auch von Erwachsenen bespielt werden können. Bei jedem der 17 Spielplätze kann das Gleichgewicht auf unterschiedlichste Arten trainiert werden. Es hat verschiedenste Spielgeräte, welche im Zusammenspiel zwischen Kindern und Erwachsenen bespielt werden können. Es wurde und wird auch sehr viel bereits umgesetzt auf unseren Spielplätzen. Und wenn Sie sich dann nach der aktiven Bewegung erholen möchten, stehen auf jedem Spielplatz Ruhebänkli, die sich bestens, auch meistens im kühlen Schatten von grossen Bäumen, als Begegnungsort für alle eignen. Deshalb empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat entgegenzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Die Postulantin ist mit der Überweisung und gleichzeitiger Abschreibung einverstanden.

Roland Kuster entschuldigt sich. Aus privaten Gründen verlässt er die Einwohnerratssitzung.

13 Postulat Fraktion Die Mitte CVP vom 21. Oktober 2021 betreffend Sensibilisierung für das einheimische Gewerbe; Entgegennahme (2021-1241)

Depentor Ursula: Die Mitte Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Entgegennahme unseres Postulats. Gerade in der heutigen Zeit, inmitten der Pandemiewelle, muss das einheimische Gewerbe umso mehr unterstützt werden. Nicht alle Eltern sind da ein Vorbild für ihre Kinder. Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, liegt es nahe, schnell im Internet zu surfen, und alles nach Hause liefern zu lassen. Damit aber das Nutzen des einheimischen Gewerbes bereits von klein an zur Normalität wird, sollen unsere Jugendliche dies durch die Beschaffung der Materialien, die sie im Werk- oder Hauswirtschaftsunterricht benötigen, in unseren lokalen Geschäften eigenständig besorgen können. Auch die Suche nach einer Lehrstelle in der Nähe wird ihnen dadurch vereinfacht, da sie Geschäfte und Betriebe so bereits kennen und die lokalen Möglichkeiten schätzen lernen. Ein Gewinn für die Jugend und unsere Betriebe, wo sich jeder ein bisschen ins Zeug legen darf. Schliesslich geht es um unsere nächsten Generationen.

Wir hoffen, dass diese "Sensibilisierung vom einheimischen Gewerbe" zeitnah auf einfache Art und Weise umgesetzt und in den Schulalltag eingebaut werden kann.

Zumstein Antonia: Mit dem Postulat der Fraktion die Mitte CVP wurde der Gemeinderat aufgefordert, Möglichkeiten zu finden, auf welche Art und Weise Schulkinder und das Wettinger Gewerbe miteinander in Verbindung treten können. Das Stichwort Sensibilisierung fiel. Es wäre eine schöne Vorstellung, wenn eine Lehrkraft und ihre Schülerinnen und Schüler bei einem Wettinger Schreiner am Werk wären und fachspezifische Anleitungen bekämen und danach glücklich und stolz mit ihrem Werk in die Schule zurückkehren. Persönlich bin ich eine gute Kundin des Wettinger Gewerbes und schätze das Angebot sehr.

Es ist bekannt, dass der Lehrplan und die vorgegebenen Ziele der Schule nicht zu gering sind, dass Lehrerinnen und Lehrer zusätzliche Herausforderungen suchen. Die Lehrerinnen und Lehrer haben genug andere Aufgaben und müssen nicht noch mehr beschäftigt werden. Ich glaube auch nicht, dass die Begegnungen der Schulklassen und dem Wettingen Gewerbe einfach und unkompliziert ablaufen würden. Die Fraktion glp könnte sich durchaus vorstellen, dass während Projektwochen das eine oder andere in dieser Art geplant werden könnte. Das wird wahrscheinlich auch schon gemacht, aber in diesem Ausmass, wie es im Postulat aufgeführt ist, führt das zu einer Verkomplizierung der Abläufe im Schulalltag und einer zusätzlichen Belastung der Lehrpersonen. Ein Ferienpass mit entsprechendem Angebot wäre dann schon eher etwas. Die Gemeinde stellt ein solches Angebot sicher gerne auf ihrer Webseite. Wie mir die Lehrpersonen mitteilten, sei ein Einkauf auf dem Wochenmarkt und den kleinen spezialisierten Läden für die Schule aber zu aufwendig, wenn nicht sogar unerschwinglich (ausser, die Läden würden Schulsponsoring betreiben).

Die Fraktion glp ist der Meinung, dass es die Aufgabe des Gemeinderats ist, dafür zu sorgen, dass das Gewerbe in Wettingen geeignete Standorte vorfindet. Es wäre doch eigentlich am Gewerbe selbst, sich um seine zukünftigen Kunden und Mitarbeiter zu bemühen.

Viele machen das bereits sehr gut. Sicher hätte es für das Gewerbe einen gewissen Marketingeffekt (Gratiswerbung). Aber das darf nicht Teil des Schulunterrichts sein. Und wie soll eigentlich Gleichberechtigung unter den Unternehmen geschaffen werden? Wer profitiert und wer nicht? Bezüglich Findung von Lernenden existiert seit einiger Zeit das Programm „LIFT“, worüber schon einige Lehrbetriebe gute Lernende fanden, wenn es über die anderen etablierten Wege nicht funktionierte.

Wie entsteht bei Kindern und Jugendlichen die Verbundenheit mit der Gemeinde? Eher weniger durch das Kennenlernen des Gewerbes, sondern vielmehr durch ein gutes soziales Umfeld und eine gute Integration. Hier spielen neben der Familie, das schulische Umfeld und der Verein eine wichtige Rolle. Sportvereine, Turnverein, Fussballverein, Blauring, Jungwacht usw. Soviel ich weiss, haben all diese kein Problem neue Mitglieder zu finden. Es geht der Fraktion glp nicht darum eine nette Idee schlecht zu reden. Wir sind aber der Meinung, dass eine Sensibilisierung für das einheimische Gewerbe auch ohne Unterstützung des Gemeinderats und vor allem ausserhalb der Schulstunde stattfinden kann

Es gibt keine Not. Ausserdem muss die Schule selbst entscheiden können, ob die Unterrichtsmaterialien und Lebensmittel für den Hauswirtschaftsunterricht im günstigen Supermarkt oder in kleinen spezialisierten Läden eingekauft werden, auch aus Kostengründen.

Die Fraktion glp ist der Meinung das Postulat führt zu weit und ist nicht im Interesse der Schule und auch nicht im Interesse der Schülerinnen und Schüler. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion glp die Überweisung ab. **Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident:** Die Überweisung ist bestritten. Die Diskussion ist eröffnet.

Camponovo Christa: "Ehret heimisches Schaffen". Von wem genau dieses Zitat stammt, ist mir unbekannt. Entweder Schiller oder Gewerbeverband.

Die Ziele des Vorstosses in Ehren, aber es ist nun wirklich keine Aufgabe der Gemeinde im Bildungsbereich die Interessen von privaten Unternehmen zu fördern, auch wenn die Interessen legitim sind. Nicht dass jemand dann eine Untersuchung verlangt, ob nicht einzelne Betriebe bevorzugt und die Schülerinnen und Schüler beeinflusst werden. Seitenhiebe auf die Seite.

Die Schule ist genügend mit Sonderaufgaben eingedeckt. Wie Antonia Zumstein bereits erwähnt hat, gibt es das Projekt LIFT. Ich nehme auch nicht an, dass in der Husi (sagt man dem noch so?) keine Lebensmittel verwendet werden, die in Waldshut gekauft wurden. Die Fraktion SP/WettiGrünen schliesst sich dem Antrag an, den Vorstoss nicht zu überweisen. Auch wenn wir neugierig darauf wären, welche Massnahmen der Gemeinderat sich konkret aus den Fingern saugen würde, möchten wir ihn doch lieber von dieser schwierigen Hausaufgabe entbinden.

Ehret heimisches Schaffen. Im Privatbereich können wir sehr wohl etwas dazu beitragen.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Der Gemeinderat hält daran fest. Wir würden das Postulat übernehmen und prüfen, was man da machen könnte, so wie es im Postulat verlangt wird. Es ist Ihre Entscheidung, ob die das überweisen möchten oder nicht.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit grosser Mehrheit folgenden Beschluss:

Das Postulat Fraktion Die Mitte CVP vom 21. Oktober 2021 betreffend Sensibilisierung

für das einheimische Gewerbe; Entgegennahme wird abgelehnt.

14 Postulat der Mitte-Fraktion vom 19. Mai 2022 betreffend Ausbildungsplatz bei der Gemeinde als Mediamatiker/in und Informatiker/in; Entgegennahme (2022-0715)

Depentor Ursula: Die Mitte Fraktion bedankt sich für die Entgegennahme dieses Geschäfts und freut sich, dass bereits eine der Lehrstellen zum ICT-Fachmann oder ICT-Fachfrau fürs 2023 aufgeschaltet ist. Wir hoffen, dass auch die Ausbildung als Mediamatiker/in auf unserer Gemeinde zu Stande kommt.

Wir sehen dies als eine grosse Chance für unsere Jugend, die Möglichkeit zu erhalten, ihre Lehre in der Region absolvieren zu können.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat möchte sich nicht mehr äussern. Die Überweisung wird nicht bestritten. Das Geschäft benötigt keine Abstimmung und ist überwiesen.

15 Postulat der Mitte-Fraktion vom 30. Juni 2022 betreffend Kommunale Energieplanung; Entgegennahme (2022-0920)

Wassmer Christian: Die kommunale Energieplanung macht absolut Sinn und wir freuen uns, dass dies der Gemeinderat auch erkannt hat und zur Entgegennahme empfiehlt. Die Energieplanung gibt den im Moment, z. B. mit Energie Wettingen AG diskutierten Ideen, den erforderlichen Rahmen und eignet sich zur Kommunikation der künftigen Absichten.

Wir bedanken uns für die Entgegennahme und sind gespannt auf das Ergebnis.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat möchte sich nicht mehr äussern. Die Überweisung wird nicht bestritten. Das Geschäft benötigt keine Abstimmung und ist überwiesen.

16 Interpellation Fraktion FDP vom 10. März 2022 betreffend der Leistungsvereinbarung mit der Landis AG; Beantwortung (2022-0392)

Gähler Judith: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation zur Leistungsvereinbarung mit der Landis AG.

Folgende Punkte möchte ich dazu erwähnen: Die Landis AG kniet sich für Wettingen rein und liefert Zahlen. Die Arbeit ist komplex und hat auch ihren Preis. Es wäre spannend zu wissen, wie hoch die Rechnung der Landis AG für ihre aktuellen Leistungen in der Masterplanung Schule ausfallen wird.

Die Beantwortung der Interpellation lässt etwas den Eindruck entstehen, als versuche man die Schuld anderen in die Schuhe zu schieben. In diesem Fall der Schule. Ich möchte daran erinnern, dass die Schulraumplanung vor der Ära Landis AG von der Schule selbst zu einem massiv günstigeren Tarif geleistet wurde. Weil man mit ihrer Arbeit aber nicht zufrieden war, wurde ein professionelles Planungsbüro damit beauftragt. Nun zu sagen, dass es Sache der Schule gewesen wäre, den Lehrplan 21 vor dem Jahr 2019 in die Planung einzuschliessen, mutet vor diesem Hintergrund seltsam an. Da beisst sich die Katze in den Schwanz.

Was man hingegen sagen kann: Der Gemeinderat und die damalige Schulpflege haben sich im Jahr 2016 geirrt, als zwar Bedarf ab 2025 ausgewiesen wurde, beide Behörden

aber aufgrund der Empfehlungen der Landis AG keinen dringenden Handlungsbedarf sahen.

Uns scheint es, als würde auch die Landis als erfahrene Expertin für Schulraumplanung aufgrund der vielen äusseren Faktoren keine genaue Schülerprognose machen können. Unter diesen Voraussetzungen sollt man sich überlegen, ob die Schulraumplanung zukünftig nicht wieder intern durch die Geschäftsleitung und ihre Stabsstelle abgedeckt werden kann, vor allem dann, wenn die Masterplanung steht.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und wünsche einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 21.50 Uhr

Wettingen, 8. September 2022

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrats

Einwohnerratspräsident



Lutz Fischer-Lamprecht

Gemeindeschreiber-Stv.



Sandra Thut